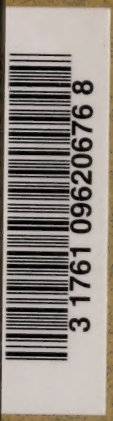
amph.
Sociol
Soc.
B.



DIE ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DES MODERNEN SOZIALISMUS IN DEN VEREINIGTEN STAATEN VON NORD-AMERIKA

INAUGURAL-DISSERTATION DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT DER UNIVERSITÄT BERN ZUR ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE, VORGELEGT VON

DR. JUR. ALEX BOLGÁR

Auf Antrag von Herrn **Prof. Dr. Ph. Woker**
von der philosophischen Fakultät angenommen.
Bern, den 15. Juli 1910.

Der Dekan:
Prof. Dr. J. H. Graf.

DRUCKEREI DER PESTER LLOYD-GESELLSCHAFT
::: BUDAPEST, V., MÁRIA VALÉRIA-UTCZA 12 :::

DIE ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DES MODERNEN SOZIALISMUS IN DEN VEREINIGTEN STAATEN VON NORD-AMERIKA

INAUGURAL-DISSERTATION DER PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT DER UNIVERSITÄT BERN ZUR ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE, VORGELEGT VON

DR. JUR. ALEX BOLGÁR

Auf Antrag von Herrn **Prof. Dr. Ph. Woker**
von der philosophischen Fakultät angenommen.
Bern, den 15. Juli 1910.

Der Dekan:
Prof. Dr. J. H. Graf.

DRUCKEREI DER PESTER LLOYD-GESELLSCHAFT
::: BUDAPEST, V., MÁRIA VALÉRIA-UTCZA 12 :::

Sándor und Piroska Bolgár

liebevoll zugeeignet

I. KAPITEL.

Die geschichtlichen Voraussetzungen des amerikanischen Sozialismus.

1. Die psychologischen Voraussetzungen: Amerikanismus und Sozialismus.

Die mannigfaltigen Auffassungen über die Möglichkeit und Zulässigkeit einer Geschichte des Sozialismus und der sozialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten,[1] wie sie in der diesbezüglichen Literatur vorliegen, lassen sich in drei verschiedene Urteile konzentriert wiedergeben.

Das eine dieser Urteile spricht den amerikanischen Sozialismus nicht allein seine Vergangenheit, sondern gewissermaßen auch seine Gegenwart ab, und erwartet erst von der Zukunft einen bedeutsameren Ausbau des Sozialismus.[2]

Die andere Beurteilung des Problems erkennt zwar an, daß der amerikanische Sozialismus nicht nur im Gegenwartsleben der Vereinigten Staaten ein mächtiger Faktor sei, sondern auch wesentliche historische Tatsachen aufzuzeichnen habe, letztere jedoch in einer viel zu geringer Anzahl vorhanden sind, als daß sie es dem Geschichtschreiber möglich machen könnten, den historischen Werdegang des amerikanischen Sozialismus wissenschaftlich zu charakterisieren. Auch aus den gegenwärtigen Richtungslinien des Sozialismus

[1] Denn nur die Vereinigten Staaten sind es, die bei Erwähnung des amerikanischen Sozialismus in Betracht kommen können.

[2] S. Werner Sombart: Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Mohr, Tübingen 1906. S. 142.

läßt sich nach dieser Ansicht nichts Positives bezüglich seiner Vergangenheit ableiten. Daran hindert das Chaotische, Unabgeklärte des amerikanischen Sozialismus von heute.[1]

Noch viel entschiedener als gegen die erstgenannte Beurteilung der historischen Darstellung des amerikanischen Sozialismus, richtet sich diese Auffassung gegen die dritte der erwähnten Anschauungen, welche aus den vielen Einzeltatsachen eine pragmatische Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten aufzubauen trachtet.[2]

Wie immer auch diese Ansichten auseinandergehen mögen, in einem Punkte — und wie es uns scheint, im wesentlichsten — sind sie einig; darin nämlich, daß sie eine wissenschaftliche Beschreibung der Entwicklungstendenzen des amerikanischen Sozialismus zulassen. Die eine verlegt die Aktualität dieser Tendenzen in die Zukunft, die zweite in die Gegenwart, die dritte sieht ihre Wirksamkeit auch in der Vergangenheit, die Tatsachen jedoch, welche diesen Entwicklungstendenzen zu Grunde liegen, können nur als historische Tatsachen betrachtet werden.

Das historische Werden und die historische Entwicklung dieser, dem amerikanischen Sozialismus und seinen, verschiedenen Offenbarungen zu Grunde liegender Tatsachen soll nun auch die vorliegende Studie näher erörtern.

*

Von den skizzierten wissenschaftlichen Anschauungen vielfach abweichend ist diejenige, welche als die Auffassung der bürgerlichen öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten bezeichnet werden kann, da sie von einem großen Teile der Politiker, der Presse und des Volkes selbst vertreten wird. Dieselbe leugnet auf das entschiedenste jegliche Möglichkeit eines amerikanischen Sozialismus. Sie erblickt in letzterem eine „Contradictio in adjecto", da Sozialismus und Amerikanismus unvereinbar sind. Die psycho-

[1] So Daniel De Leon, der geistige Führer der amer. Socialist. Labor Party. S. Literaturverzeichnis.

[2] Wie zum Beispiel Hillquit in seiner Geschichte der Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Deutsch bei Dietz Nachf. Stuttgart 1906.

logische Beschaffenheit des amerikanischen Volkes schließt nach dieser Ansicht den Sozialismus völlig aus.

Eine wissenschaftliche Rechtfertigung hat dieser Satz bisher nicht gefunden, allein er wurzelt so tief im Denken des Durchschnittsamerikaners, daß wir nicht umhin können, diese psychologische Seite unseres Problems zu betrachten.

Worin besteht zunächst dieser Amerikanismus, mit welchem die Bestrebungen des Sozialismus angeblich unvereinbar sind?

Mit dem Worte: Amerikanismus wird die Gesamtheit jener Eigentümlichkeiten bezeichnet, durch welche die verschiedenen, in den Vereinigten Staaten lebenden Rassen und Nationalitäten als eine — mehr oder weniger hypothetische — Einheit, in ihrer spezifischen, nationalen Eigenart begriffen werden können. Es ist dies die seelische Begleiterscheinung jenes Prozesses, welcher von den kleinen, zerrissenen und unterjochten Kolonien zur Nation führte, die ihre Machtstellung in hohem Maße ihrer politischen Einheit zu verdanken hat.

Diese Einheit des amerikanischen Volkes auf allen Gebieten des sozialen Lebens herbeizuführen, ist das hauptsächliche praktische Bestreben des Amerikanismus. In diesem Sinne sind auch die Worte Roosevelts zu nehmen, nach welchen Amerikanismus eine Frage der Begeisterung, der Überzeugung und des Strebens sei und nichts mit Glauben und Abstammung zu tun habe.[1]

Dieser, die Einheit des Gesamtvolkes der Vereinigten Staaten versinnlichende Amerikanismus wurde nun gegen jene Bestrebungen geltend gemacht, welche davon ausgehen, daß in Amerika, ebenso wie in allen Weltteilen, wo die moderne Kultur Fuß gefaßt hat, das Volk in zwei, einander gegenüberstehende Klassen geteilt sei.

[1] So äußert sich der gewesene Präsident der Vereinigten Staaten in einer, im April 1894 gehaltenen Rede. Dieselbe wurde nebst anderen Reden und Aufsätzen Roosevelts auch in deutscher Sprache veröffentlicht. (In Reclams Universal-Bibliothek unter dem Titel „Amerikanismus“ Nr. 4919.)

Wenn aber gegen diesen, auf materialistischer Grundlage aufgebauten Sozialismus, diese Seite des Amerikanismus ausgespielt worden ist, so wurde der idealistische, utopistische Sozialismus mit jenem Argument bekämpft, daß derselbe mit dem proverbiellen praktischen Sinn des Amerikaners unvereinbar sei.

Also wurde die psychologische Unmöglichkeit jeder Erscheinungsform des Sozialismus in den Vereinigten Staaten konstruiert. Daß aber diese Theorie das Vorhandensein eines anfänglichen Sozialismus bedingt, liegt auf der Hand. Nur auf Grund gewisser Erfahrungen, die mit dem Sozialismus gemacht worden sind, konnte als Resultat festgestellt werden, daß der Sozialismus etwas Unamerikanisches sei.

Diese Feststellung jedoch erwies sich als eine voreilige. Zutreffend erscheint vielmehr die Äußerung R. T. Ely's, eines der ersten voraussetzungslosen Geschichtschreibers des amerikanischen Sozialismus. Er schreibt:[1] „Jung wie es ist, hat Amerika bereits ein Feld für eine große Anzahl romantischer Ideale sozialistischer Natur bestellt, und verspricht weit zu überholen all das, was alle übrigen Nationen aller Zeiten in der Richtung sozialer Experimente vollbracht haben."

Diese Tatsachen und diese Tendenzen beweisen, daß auch dem amerikanischen Volke die Veranlagung zum Sozialismus nicht fehlt.

2. Die kulturellen Voraussetzungen: Industrialismus und Sozialismus.

„Jedes Volk, das die feudale Gesellschaft in sich gebrochen hat und zur volkswirtschaftlichen übergegangen ist, muß über kurz oder lang in die industrielle Gesellschaft hineingeraten." In diesen Worten Lorenz v. Steins[2] tritt schon die Auffassung des Industrialismus als eines Kulturfaktors zu Tage. Diese industrielle Kultur brachte nun sowohl auf dem materiellen Gebiete, wie auch in der Welt

[1] S. seine unter den „Johns Hopkins University Studies" erschienene Abhandlung: Recent American Socialism, Baltimore, 1885.

[2] S. sein Werk: „Die industrielle Gesellschaft", II. Ausg. Leipzig, 1855. Pag. 9.

der Ideen mannigfaltige Veränderungen mit sich. Wir sehen einerseits, wie die Industrie alle Faktoren des Güterlebens in sich aufnimmt, andererseits, wie sie neue Ideale schafft. Bezüglich der letzteren lehrt Lorenz von Stein folgendes:[1] „Die industrielle Gesellschaftsordnung hat die Mehrheit der Völker die großen Bedürfnisse der Freiheit und Gleichheit gelehrt.“ Dies wären gleichsam die Grundprinzipien, ohne die die industrielle Gesellschaft nicht bestehen kann. Freiheit und Gleichheit geben quasi den Charakter der neuen Zeit.“

Diese industrielle Kultur hat aber hauptsächlich die Entdeckung Amerikas möglich gemacht.[2] Aber nicht allein in ihrer Entstehung, sondern auch in ihrer Entwicklung ist der Industrialismus, die moderne industrielle Kultur vielfach von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Vereinigten Staaten abhängig: „Als Industriestaat wirken jetzt die Vereinigten Staaten von Nordamerika tausendfach in technischer und wirtschaftlicher Beziehung auf die industrielle Entwicklung Europas hinüber . . .“[3] So wurden die Vereinigten Staaten zum Typus des modernen Industriestaates. Die ganze Vergangenheit der jungen Nation prädestinierte sie dazu: Während die übrige ganze Kulturwelt sich mit der Abschaffung der agrarfeudalischen Überreste abmühen mußte, während in Europa die napoleonischen Kriege den keimenden Industrialismus erstickten, entwickelte sich der aus einer Kolonie hervorgehende Nationalstaat allmählich zum typischen Industriestaate.

[1] Ibid.

[2] „Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt, den die Entdeckung Amerikas vorbereitete. Der Weltmarkt hat dem Handel, der Schiffahrt, den Landkommunikationen eine unermeßliche Entwicklung gegeben. Diese hat wieder auf die Ausdehnung der Industrie zurückgewirkt, und in demselben Maße, worin Industrie, Handel, Schiffahrt, Eisenbahnen sich ausdehnten, in demselben Maße entwickelte sich die Bourgeoisie, vermehrte sie ihre Kapitalien, drängte sie alle vom Mittelalter her überlieferten Klassen in den Hintergrund.“ S. Das von Marx und Engels verfaßte „Kommunistische Manifest“. S. 24.

[3] So schreibt der sozialistische Schriftsteller Parvus in seiner Broschüre: „Die kapitalistische Produktion und das Proletariat.“ S. 51.

Der so um sich greifende Industrialismus zog die gesamte Bevölkerung des Landes nach und nach in ihren Bannkreis. Das Gesamtvolk der Vereinigten Staaten wurde ebenso das persönliche Element dieser industriellen Entwicklung als das gesamte Wirtschaftsleben ihr sachlicher und die Maschine ihr technischer Förderer. Ja, nicht allein das amerikanische Volk stellte all sein ganzes Denken und Handeln in den Dienst des Industrialismus, sondern auch die Scharen europäischer Einwanderer opferten ihm ihre Leistungsfähigkeit.

Je ausschlaggebender der Industrialismus im gesellschaftlichen und Staatsleben der Vereinigten Staaten geworden ist, umso entschiedener machte er seinen Einfluß auch auf die Differentiation des Volkes geltend. Dieselbe erfolgte je nach der Stellung, welche die einzelnen Schichten im industriellen Leben einnahmen. Diese Schichtung führte nach einem längeren Entwicklungsprozesse dahin, daß die gesellschaftlichen Hauptfaktoren dieses Industriestaates, die Trusts, das heißt die entwickeltesten Gebilde des kapitalisierten Industrialismus und die industrielle Arbeiterschaft geworden sind.

Das Verhältnis dieser beiden Faktoren zu einander wird weiter unten näher erörtert werden. Hier sei bloß darauf hingewiesen, daß die letzerwähnten, die industriellen Arbeiter nämlich, sich den Trusts und den Leitern der Industrie gegenüber in einer Lage der Unfreiheit und Ungleichheit befinden.

Weder Freiheit und Gleichheit, noch der dritte Wahlspruch der französischen Revolution hat ihren ursprünglichen Charakter in der industriellen Gesellschaft beibehalten. Das Prinzip der Rechtsfreiheit wird durch die materiellen Erfordernngen des industriellen Lebens allmählich durchbrochen. So ist — um nur ein Beispiel anzuführen — die Kontraktfreiheit des Lohnarbeiters gegenüber dem wirtschaftlichen Zwange, auf die Bedingungen des Arbeitgebers eingehen zu müssen, sehr illusorisch. Ebenso wird die rechtliche und politische Gleichheit durch die ökonomische und soziale

Ungleichheit der Klassen aufgehoben und die allgemeine fraternité aller wurde zur Solidarität der Angehörigen ein und derselben Klasse. Die rechtliche Bestätigung der Errungenschaften der großen Revolution erhält im Industriestaate eine Niederlage nach der anderen, denn nicht die stabilen Prinzipien der liberté, égalité und fraternité sind es, die auf die Institutionen des Industriestaates maßgebend sind, sondern die Interessengegensätze der beiden, durch die industrielle Kultur geschaffenen Klassen.

Die ebenfalls von ihr geschaffenen neuen Formen der Unfreiheit und Ungleichheit haben — um mit Lorenz von Stein zu reden — in den Volksmassen das große Bedürfnis nach einer wahren Freiheit und Gleichheitt erweckt, welche Bestrebungen in den mannigfaltigen Erscheinungsformen des Sozialismus ihren Ausdruck fanden.

*

Die industrielle Kultur hat sich in den Vereinigten Staaten nicht ganz widerstandslos durchgesetzt. Namentlich die agrarischen Interessen waren es, die sich durch den wachsenden Industrialismus bedroht fühlten und ihn mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpften. Dieser Interessengegensatz zwischen Industrialismus und Agrarismus äußert sich in vielen historisch wichtigen Ereignissen: in den großen Kämpfen zwischen Nord und Süd, in den häufigen wirtschaftlichen und politischen Krisen des Landes, welche nach einem drei Jahrzehnte währenden Ringen der Gegner zum Entscheidungskampfe, zum Bürgerkrieg führten.

„Auf Grund dieser wirtschaftlichen Gegensätze, von denen die in der Zoll- und Bankfrage die wichtigsten waren bildeten sich wieder neue Parteien: die Anhänger des Präsidenten Jackson, die sich Demokraten nannten, auf der einen Seite, während sich seine Gegner, deren Führer der Altpräsident Adams, Henry Clay und Daniel Webster waren, als Whigs bezeichneten. Die Demokraten traten für eine möglichst strikte Auslegung der Verfassung ein, die

Einengung der Kompetenzen des Bundes und für die Rechte der Einzelstaaten, sie waren Gegner der Schutzzollpolitik und einer Zentralnotenbank, die Whigs hingegen, die übrigens weit schwächer als ihre Gegner organisiert waren, hatten manche Prinzipien der alten Föderalisten übernommen. Sie waren für eine weitherzige Auslegung der Verfassung, Anhänger einer starken Bundesgewalt, Schutzzöllner und traten für die Privilegierung einer Nationalbank ein. Man kann zwar nicht sagen, daß die Parteien damals — und noch auf längere Zeit hinaus — scharf geographisch geschieden waren, aber die Demokratie vertrat doch die Interessen des Südens, während die Whigs ihre Anhänger besonders in Neuengland hatten."

So schildert Darmstaedter[1] das Anfangsstadium dieser Kämpfe.

Wie sehr sich diese Kämpfe später zuspitzen, erfahren wir aus den Beschreibungen Edward Ingles,[2] nach welchen die Südländer einige Jahre vor Ausbruch des Bürgerkrieges Rundschreiben an die patriotisch gesinnten Bürger erlassen und diese zur Boykottierung der nördlichen Produkte aufgefordert haben. Die Eifersucht ging soweit, daß sie es vorzogen englische Waren zu kaufen, als die nördliche Industrie zu fördern. Alldies konnte aber letztere in ihrem Aufschwung nicht hindern. Parallel mit dieser Entwicklung, ging die stufenweise Verelendung des Südens. Die Hauptursache dieses Unterschiedes war der Mangel an wissenschaftlichen Methoden bei der südlichen, ihr Vorhandensein bei der nördlichen Produktion. Gegenüber der nördlichen, intensiven, die Maschine und den rechtlich freien Lohnarbeiter allmählich einbeziehenden Produktion, blieb der Süden bei der Sklavenarbeit, welche wie Upton Sinclair berichtet,[3] eine so schädliche Art der Kultivation war, daß sie nach 10—15 Ernten den Boden völlig erschöpfte.

[1] Vgl. sein Werk: Die Vereinigten Staaten von Amerika, S. 139.
[2] In seinem Werke: „Southern Sidelights" viertes Kapitel.
[3] Vgl. seine „Industrial Republic" S. 11.

Virginia war einst — so berichtet Sinclair — ein großer Exportstaat, aber in den vierziger—fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts diente er nunmehr bloß als ein Platz der Sklavenproduktion, für die jüngere Generation, welche allmählich nach dem ferneren Süden emigrierte. Als auch der ferne Süden erschöpft war, erfolgte eine neue Wanderung nach Texas und schließlich eine dritte nach Kansas, welche den Zusammenstoß mit den freien Staaten mit sich brachte.

Dieser Zusammenstoß, der Bürgerkrieg bedeutet einen Wendepunkt im Leben der Vereinigten Staaten. In diesem Kampfe wurde die privilegisierte Sklavenhalterklasse vernichtet, der Übergang von dem formlosen, kolonialen Zustand zur imperialistischen Struktur vollendet. „Es ist jedoch — wie auch Brooks Adams meint — fraglich, ob hiedurch ein stabileres Gleichgewichtsverhältnis zustande gekommen ist.“ [1]

Tatsache ist vielmehr, daß nach einem Jahrzehnt der politischen Rekonstruktion des Südens und eines unerhörten industriellen Aufschwunges im Norden, im Jahre 1873 große wirtschaftliche Erschütterungen darauf hindeuteten, daß der Bürgerkrieg die früher so häufigen Wirtschaftskrisen nicht für immer unmöglich machte, sondern lediglich ihren industriellen Charakter in den Vordergrund zu schieben half. Die Schwierigkeiten der Ausgestaltung der industriellen Großmacht, zeigen die, dem Bürgerkriege folgenden drei großen Wirtschaftskrisen: diejenigen vom Jahre 1873, von 1884 und 1893.

Diese Wirtschaftskrisen hängen aber aufs engste mit der Divergenz der agrarischen und industriellen Verhältnisse, welche der Bürgerkrieg nicht aufgehoben hat, zusammen. „Eine unvollkommene Konzentration“ nennt Brooks Adams diesen Zustand,[2] unter welchen Amerika angeblich vom jeher litt und welcher „eine Tendenz zu chaotischen Institutionen und zu einer chaotischen Denkungsart, hervorrief“.

In den konkreten Fällen aber bestanden die Ursachen der Krisen darin, daß der gesunden Ausgestaltung des süd-

[1] In seinem „The New Empire“. Deutsch unter dem Titel „Das Herz der Welt“ erschienen im Verlag „Lumen“, Wien und Leipzig, 1908.

[2] Daselbst.

lichen landwirtschaftlichen Lebens mit einem „chaotischen" Industrieschutze entgegengearbeitet worden ist, wodurch man eine industrielle Kraft gewann, die man nicht meistern konnte und eine landwirtschaftliche vernachlässigte, auf die man fortwährend angewiesen ist.

So standen diese Verhältnisse der Ausgestaltung eines „vollkommenen Wirtschaftssystems" in Amerika im Wege, bis sie endlich, nach einer Reihe von Depressionen und Krisen, im Jahre 1893 verhängnisvoll wurden. Die in diesem Jahre ausgebrochene Krise mußte entweder mit einer völligen Zahlungsunfähigkeit des Landes, oder mit einer Konsolidation seines Wirtschaftslebens enden. Das letztere erfolgte, und zwar am Wege eines Prozesses, der zum Trust führte, zu einem Gebilde, welches das gesamte politische und Wirtschaftsleben Amerikas der Gegenwart beherrscht.

Dieser Punkt bringt uns zu einer neuen Seite unseres Problems.

3. Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen: Kapitalismus und Sozialismus.

Mit der industriellen Kultur beginnt eine neue Epoche im wirtschaftlichen Leben der Menschheit, die kapitalistische. Daß diese kapitalistische Wirtschaftsordnung im typischen Lande des Industrialismus, in den Vereinigten Staaten zur höchsten Entwicklung gelangt ist, ist allgemein bekannt.[1]

Einen Begriff über die Dimensionen dieser Entwicklung können wir uns machen, wenn wir die amtliche Statistik über die industrielle Produktion in den Vereinigten Staaten von 1850 bis 1900 besichtigen. Nach derselben betrug der Wert der fabrizierten Produkte[2]

Für die Dekade	1850—1860	Dollar	1,885.861,676
„ „ „	1860—1870	„	4,232.325,442
„ „ „	1870—1880	„	5,369.579,191
„ „ „	1880—1890	„	9,372.437,283
„ „ „	1890—1900	„	13,039.279,566

[1] Vgl. Sombart, op. cit. S. 11. ff.

[2] Daniel De Leons Broschüre: „The Preamble of the Industrial Workers of the World" entnommen.

Die kapitalistische Entwicklung jedoch besteht nicht allein im Wachstum der Produktion, sondern bringt auch eine entsprechende Konzentration des Kapitals mit sich. Bezüglich der letzteren berichtet Call folgendes:[1] Eine sorgfältige Analyse der Volkszählungsdaten von 1900 zeigt, daß von dem 95,000 Millionen Dollars betragenden Nationalreichtum 67,000 Millionen 250,251 Personen zufielen. In Prozente umgerechnet zeigt dies, daß in 1900 $^3/_{10}$% der Bevölkerung 71% des nationalen Gesamtvermögens besessen hat.

Welche Rolle die Trusts bei dieser Kapitalkonzentration spielen, läßt sich aus folgenden Angaben Moodys feststellen:[2] Es gibt sieben größere Industrietrusts, in denen insgesamt 1528 früher selbständige Anlagen vereinigt sind. Das in ihnen konzentrierte Kapital beträgt 2662·7 Millionen Dollar. Ihnen reihen sich 298 kleinere Industrietrusts an, die 3426 Werke „kontrollieren" und über ein Kapital von insgesamt 4055 Millionen Dollar verfügen. Zählt man alle diese Riesenkombinationen zusammen, die sogenannten „Franchise"-Trusts (Telephon-, Telegraphen-, Gas-, Elektrizitäts- und Straßenbahnunternehmungen), wie auch den Eisenbahntrust mitinbegriffen, in denen heute der bei weitem größte Teil des amerikanischen Wirtschaftslebens gebunden ist, so kommt man zu der enormen Ziffer von 8664 „kontrollierten" Anlagen und 20,379 Millionen Dollar nominellen Kapitals.[3]

In dem Maße aber, in welchem sich das Kapital in der Hand einiger weniger Kapitalisten vereinigt, verringert sich der Anteil der großen Massen am Nationalrreichtum und verschiebt sich die gesamte soziale Schichtung früherer Zeiten. Die kapitalistische Entwicklung Amerikas hat in hohem Grade die diesbezügliche Voraussage des kommunistischen Manifestes gerechtfertigt. Da steht es: „Die bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers,

[1] S. „The Concentration of Wealth" S. 6. Auch in seiner Schrift: „Justice" S. 8.

[2] S. The Truth about the Trusts. Newyork, 1904.

[3] S. auch Sombart, op. cit. S. 12.

die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen in das Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalisten erliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionswerten entwertet wird. So rekrutiert sich das Proletariat aus allen Klassen der Bevölkerung."

Die durch die kapitalistische Produktion hervorgerufenen Ungleichheiten in der Verteilung des Nationaleinkommens, und somit der Eigentumsverhältnisse, boten die Grundlage sowohl für die reformatorischen Bestrebungen der philanthropisch gesinnten Utopisten, wie auch für die revolutionäre Selbsthilfe der Proletarier. Nach der Verschiedenheit dieser Bestrebungen unterscheiden wir zwischen der utopischen und der revolutionären Epoche der sozialistischen Bewegung. Von den beiden üblichen Formen des letzteren des organisierten proletarischen Klassenkampfes, von der gewerkschaftlichen und der politischen, hat sich in Amerika die erstere früher entwickelt und bis auf den heutigen Tag stärker erhalten.

Die Antwort auf die Frage nach der Ursache dieses vielumstrittenen Umstandes erhalten wir auf Grund näherer Untersuchungen über die politischen Voraussetzungen des politischen Sozialismus, der Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten.

4. Die politischen Voraussetzungen: Demokratie, Republikanismus und politischer Sozialismus.

In allen Bewegungen heben die Kommunisten die Eigentumsfrage als die Grundfrage der Bewegung hervor — sagt das kommunistische Manifest. Die Eigentumsverhältnisse einer Epoche setzen sich jedoch aus zwei Faktoren zusammen: der eine ist, wie wir sahen, die Produktionsweise, der andere die Art und Weise der Verteilung des Nationalreichtums. Ist die erste eine mehr wirtschaftliche Frage, enthält die letztere auch wesentliche politische Elemente, da die Eigentumsordnung, welche von der Produktionsweise geschaffen, von

der rechtlichen Ordnung und der politischen Struktur der Gesellschaft aufrechterhalten und beschützt wird.

Wenn also die durch diese Ordnung der Güterverteilung bekürzten Gesellschaftsklassen einen wirtschaftlichen Kampf gegen die grundlegenden Produktionsverhältnisse organisieren, ist es nur logisch, wenn sie die politischen Begleiterscheinungen dieser Produktionsweise auf dem Wege einer eigenen politischen Bewegung bekämpfen.

Daß nun in den Vereinigten Staaten die erste Art der Organisation unvergleichlich imposanter sich gestaltete, als letztere, läßt sich auf den Umstand zurückführen, daß die relativ hohen Arbeitslöhne bis zur allerjüngsten Zeit die Ungleichheiten der Güterverteilung nicht zum Bewußtsein gelangen ließen, und bloß die unmittelbaren Folgen der kapitalistischen Produktion (Unsicherheit der Existenz im Falle der Arbeitslosigkeit, industrielle Reservearmee, Frauen- und Kinderarbeit, mangelhafter Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, Krisen, dann die wachsende Organisierung der Arbeitgeber) waren es, welche quasi reflexartig die Angehörigen ein und desselben Faches in die Gewerkvereine trieb.

Da nun aber der Anteil der Arbeit am Nationalreichtum sich allmählich verringerte, wuchsen auch die Voraussetzungen einer, die kapitalistische Eigentums- und Rechtsordnung unmittelbar in Angriff nehmender revolutionären Arbeiterpartei, einer Sozialdemokratie.

Die amerikanische Sozialdemokratie sah sich bei ihrer Entstehung teils der politischen Vertretung des industriellen Großkapitals, teils derjenigen der sinkenden Volksklassen (Kleingewerbetreibenden, Farmer, im Kampfe mit den Trusts aufgeriebenen Kaufleuten etc.) gegenüber. Die Erscheinungsform der ersteren ist die republikanische, die der zweiten ist die demokratische Partei. Auch andere Parteigebilde — größtenteils mit agrarischen Tendenzen — erschienen zeitweilig auf dem Forum, ohne sich aber dauernder und in erheblicherem Maße gegenüber den zwei „großen“ Parteien erhalten zu können.

Letztere kämpfen nun denselben Todeskampf, wie die Kulturen, deren politische Reflexe sie sind, wie Industrialis-

mus und Agrarismus und wenn die Wahlsiege der Republikaner nicht tauschen, mit demselben Ergebnis.

Gegen diese politische Vormacht des industriellen Absolutismus zog nun die Sozialdemokratie, als die Partei des anderen, an der industriellen Produktion beteiligten Faktors, welcher unter dieser politischen Unterdrückung am meisten zu leiden hatte, ins Feld. Sie trat der kleinbürgerlichen Demokratie im Interesse der sozialen, der unter republikanischer Flagge segelnden industriellen Despotie im Interesse der wahren industriellen Republik entgegen.

Nachdem nun aber die radikalen, gegen die Übergriffe der industriellen Großmacht gerichteten politischen Forderungen der Demokratie in den noch radikaleren Programmpunkten der sozialistischen Parteien Amerikas aufgehen, sind es, seit den Anfängen der sozialdemokratischen Politik, recht eigentlich bloß zwei Tendenzen, die sich auf politischem Gebiete in Amerika gegenüberstehen. Die eine vertritt die Idee der demokratischen industriellen Republik, die andere diejenige des kapitalistischen Imperialismus.[1] In ihren extremsten Auffassungen sind beide Richtungen darin einig, daß am historisch entwickelten Staatsgetriebe der Vereinigten Staaten weitgehende Änderungen vorzunehmen sind; während aber die letzteren die Ursachen der unhaltbaren Zustände in der Unzulänglichkeit des politischen Mechanismus der Vereinigten Staaten erblicken, in dem inneren Gegensatze zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und administrativem Archaismus, welcher die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, als Zentrum der Weltwirtschaft zu funktionieren, beeinträchtigen muß, führt die Sozialdemokratie die Ursachen aller politischen Übel auf die Ursachen aller sozialen und wirtschaftlichen Übel zurück, auf den Widerspruch zwischen sozialer Produktion und individuellen Austausch. Die eine begnügt sich demgemäß zur Erreichung ihrer Ziele mit

[1] Der literarische Vertreter der ersteren ist der Sozialist Upton Sinclair (Vgl. s. „Industrial Republic"), der der zweiten Brooks Adams (vornehmlich in seinem „The New Empire").

politischen Reformen, die andere erblickt nur in der sozialen Revolution einen Ausweg.

Die hauptsächliche Voraussetzung des politischen Sozialismus ergibt sich demnach mechanisch aus dem entwickelten Kapitalismus. Seine Methoden werden ebenfalls notwendigerweise durch die kapitalistische Schale bestimmt, aus der der Sozialismus hervorgeht.

Da — wie De Leon sagt[1] — die kapitalistische Ökonomie sich in Politik umsetzt, kann auch die sozialistische Bewegung diesem Prozeß nicht gänzlich entgehen. Ein Teil, der bessere, der konstruktive Teil der sozialistischen Bewegung übersetzt sich in die wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse, in jene Formation, welche die Struktur des zukünftigen sozialen Systems entwirft; ein anderer Teil jedoch setzt sich unvermeidlich in Politik um, nimmt unvermeidlich die Form an, die zu den kapitalistischen Methoden paßt . . . Dies ist die Tatsache, die der Marxschen Lehre zu Grunde liegt, nach welcher jeder Klassenkampf ein politischer Kampf sei.

In einem Lande, wie die Vereinigten Staaten, wo in Übereinstimmung mit dem voll entwickelten Kapitalismus, die demokratischen Volksrechte und namentlich das Wahlrecht allgemein sind, tritt der unvermeidlich politische Charakter der Arbeiterbewegung und insbesondere der sozialistischen Arbeiterbewegung umso schärfer hervor.

[1] S. „The Preamble of the Industrial Workers of the World."

II. KAPITEL.

Staats- und Gemeindesozialismus in den Vereinigten Staaten.

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Tage der alten Laissezfairepolitik auch in Amerika gezählt sind und daß die staatliche Gesetzgebung sich mehr und mehr auch auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge betätigen wird." Diese Worte Darmstaedters[1] beweisen, daß dieselben Tatsachen, die wir im vorigen Kapitel als die Voraussetzungen des Sozializmus in den Vereinigten Staaten bezeichnet haben, einen Zustand mit sich brachten, welcher das „freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte", das wirtschaftliche Hauptprinzip des Kapitalismus nach und nach untergraben hatte.

Konnte noch Bryce behaupten, daß das Laissezfaireprinzip zu jenen Dogmen oder Maximen des Amerikaners gehört, auf die man unausweichlich stößt, wenn man einen Schacht in den amerikanischen Volksgeist abteuft,[2] so zeigen uns die Tatsachen der Trusts, daß diese jegliche „freie Konkurrenz" unmöglich machen. Die Bestrebungen, die wirtschaftliche Übermacht der Trusts durch politische Maßnahmen zu schwächen, führten nicht bloß zu den Angriffen der Korporationen durch Antitrustgesetze, sondern auch zu gesetzlichen Institutionen, welche auf den Schutz der von den Trusts abhängigen Massen bedacht sind. Diese Strömung brachte parallel mit der proletarischen Selbsthilfe,[3] auch die staatlichen Eingriffe in die Kämpfe des trustifizierten

[1] Op. cit. S. 230.
[2] Vgl. Sombart op. cit.
[3] Hierüber s. das nächste Kapitel.

Kapitals und der Arbeiterklasse, in Form der sozialen Gesetzgebung mit sich, deren Gesamtheit, wie auch die ganze Richtung der staatlichen Einmischung zugunsten des arbeitenden Volkes, als Staatssozialismus bezeichnet werden kann.

Auf diese Weise entstand eine Reihe von Gesetzen, die die Kinder- und Frauenarbeit beschränken, die Gesundheit und das Leben der Arbeiter gegen Gefahren des Betriebes schützen und sogar solche, welche die Hausindustrie strengen Bestimmungen unterwerfen. Außerdem bestehen in manchen Staaten öffentliche Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten, deren Sprüche aber nur dann bindend sind, wenn sie von beiden Parteien angerufen werden. Ferner besteht in sämtlichen Staaten ein gesetzlicher Normalarbeitstag von acht Stunden, doch gilt dieser nur für solche Arbeiten, die von den Vereinigten Staaten oder den Einzelstaaten vergeben werden, oder in Fällen, in denen kein Kontrakt abgeschlossen ist. Neuerdings wird auch die Forderung der staatlichen Arbeiterversicherung vielfach geltend gemacht.[1]

All diese legislativen Maßnahmen halfen jedoch nichts ab: sie vermochten der wirtschaftlichen Macht der Trusts keine Schranken zu ziehen, sondern führten vielmehr dazu, daß letztere sich auch der politischen Macht des Landes zu bemächtigen trachteten, was ihnen auch in vollem Maße gelang. Ebenso wie die große wirtschaftliche Übermacht der Trusts unter der Herrschaft und trotz der strengen Vorschriften des Antitrust-Laws entstand, entwickelte sich auch, parallel mit der sozialen Gesetzgebung des Staates, ihr Einfluß auf die Legislative und insbesondere auf die Administration.

Infolge dieses Zustandes wurde nun sowohl die Antitrust-, wie auch die soziale Gesetzgebung sehr illusorisch. All ihre Wirkungen scheiterten an den alles dominierenden Willen der Trusts. Der maßlose Einfluß letzterer auf die Staats- und Gemeindeverwaltung rief aber solche Zustände hervor, die tagtäglich unhaltbarer geworden sind. Um diese Zustände radikaler zu bekämpfen, als dies der staatlichen

[1] Vgl. Darmstaedter op. cit.

Gesetzgebung gelang, entstand eine soziale Bewegung, welche unter dem Namen „Municipal ownership movement“ bekannt ist.

Dieselbe richtete sich zunächst gegen jene Mißstände, welche der große Einfluß der Korporationen auf das kommunale Leben mit sich brachte. Dieser Einfluß aber ist ein zweifacher. Der eine wird unmittelbar auf die wirtschaftlichen Interessen der Gemeinden ausgeübt, der andere auf die Verwaltung derselben, auf die Kommunalpolitik. Der wirtschaftliche Einfluß der Trusts auf die Gemeinden ist eine direkte Konsequenz jener Richtung, welche im Privatmonopol der Straßenbahnen und anderer Verkehrsanstalten, der Wasser-, Gas- und elektrischen Werke zum Ausdruck gelangt. Die Aufrechterhaltung dieses Privatmonopols ist aber nur durch eine totale Versumpfung des kommunalen Lebens möglich, durch die Monopolisierung der Kommunalpolitik seitens der Trusts, mit Hilfe der berüchtigten Korrumpierung der gesamten Gemeindeverwaltung.

Diese Zustände werden durch zahlreiche konkrete Fälle dokumentiert. So geschah es — um nur die krassesten Beispiele hervorzuheben —, daß in Newyork im Jahre 1905 sämtliche Hoch- und Tiefbahnen sich in einem Riesenunternehmen vereinigten (in der Interborough Metropolitan Company), wodurch der ganze Verkehr dieser Weltstadt unter die Herrschaft eines Menschen geriet. Der gleiche Fall ereignete sich unter anderen Formen in Chicago, ein ähnlicher in Pittsburg, wo die öffentliche Beleuchtung durch eine privilegisierte Gesellschaft monopolisiert wird, und in den verschiedensten Teilen des Landes läßt es sich wahrnehmen, daß die zahlreichen, ähnlich gearteten Interessengruppen in der Hand der Trusts, namentlich der Standard Oil Co. seien, derart, daß seit längerer Zeit jegliche Konkurrenz auf dem Gebiete der Beleuchtungsbetriebe, Wasserwerke und Verkehrsanstalten ausgeschlossen sei.[1]

[1] Vgl. des Näheren E. Herr: Der Zusammenbruch der Wirtschaftsfreiheit und der Weg des Staatssozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika. Jena, Gustav Fischer 1906.

Noch auffälliger sind jene Berichte, welche über die, in Europa fast völlig unbekannte Korruption des amerikanischen Kommunallebens sprechen. Zahlreiche Schriftsteller und ganz besonders Lincoln Steffens wiesen hin auf die diesbezüglichen Verhältnisse der amerikanischen Großstädte: Newyork, Chicago, San Francisco, St. Louis, Pittsburg, Philadelphia, Minneapolis etc. Noch weiter geht Andrew G. White, der die Mißstände in den kleineren Städten enthüllt. Seiner Meinung nach kann es behauptet werden, daß die Gemeindeverwaltung der Vereinigten Staaten — mit wenigen Ausnahmen — die denkbar schlechteste, unvollkommenste und teuerste sei, vor allen Dingen aber die korrupteste. Diese Verhältnisse — sagt er — wirken völlig demoralisierend, nicht allein auf jene, die unter der Herrschaft derselben leben, sondern auf das ganze Land selbst. Die Männer, die in der Vertretung sitzen und über Wohlstand und Mißhelligkeit, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, Gesundheit und Krankheit zu verfügen haben, die Interessen der heutigen und der kommenden Generation wahrend, sind regelmäßig solche Individuen, welche in keinem anderen Lande so ein Amt erlangen würden. Nur wenige erhielten ihr Amt auf Grund der Dienste, die sie dem öffentlichen Wohle geleistet haben, oder infolge ihrer Fähigkeiten, umsomehr erhielten dasselbe durch Intrigen, ja durch Missetaten.[1]

Solche und ähnliche Stimmen, Stimmen der Unzufriedenheit, ja des Aufruhres erhoben sich nach und nach von allen Seiten, bis sie in einer mächtigen Bewegung einen lebhaften Widerhall fanden, welche sich in verschiedenen Teilen des Landes gegen das Privatmonopol der gemeinnützigen Betriebe und gegen die Korruption der Gemeindeverwaltung bemerkbar machte.

Diese Bewegung ist die sogenannte „Municipal Ownership Movement".

„Municipal Ownership" bedeutet wörtlich Gemeindeeigentum, in der Praxis jedoch gewann diese Benennung

[1] S. die Dezembernummer 1890 von „The Reform".

die Bedeutung, daß jene Betriebe, welche den Zwecken der ganzen Gemeinde dienen (also nicht jeder Betrieb ohne Ausnahme) in Gemeindeeigentum übergehe.

Im ganzen und großen richtet sich also diese Bewegung nicht darauf, neue Institutionen im kommunalsozialistischen Sinne zu schaffen, sie fordert nicht die Neuordnung des Wohnungswesens, der Erziehungs- und Steuerpolitik im Sinne der Anforderungen des Gemeindesozialismus; noch die Kommunalisierung sämtlicher auf dem Gebiete der Gemeinde sich befindlichen industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmungen, Mühlen, Bergwerken etc., sondern beschränkt sich ausschließlich auf die Forderung, daß die bereits erworbenen und die Gesamtheit interessierenden Monopole einzelner von der Gemeinde erworben werden sollen.

Die erwähnten Krankheitserscheinungen des kommunalen Lebens stehen aber in engem Zusammenhange mit den in vielen Beziehungen ähnlichen Verhältnissen des Staatslebens. Dieser Zusammenhang — namentlich zwischen staatlicher und kommunaler Korruption — trat in den Staaten Missouri, Minnesota, Illinois, Pennsylvania unzweideutig zutage.[1] Besonders große Dimensionen nahmen die Einflüsse der großen Eisenbahngesellschaften auf die Staatslegislatur und der alte Spruch, wonach die Gesetzgebung des Staates Pennsylvania nur dann vertagt werden könne, wenn sie die Pennsylvania Railroad Co. nicht mehr beschäftigen kann, entbehrt nicht jede Grundlage und charakterisiert nicht bloß diesen Staat.

Charakteristisch für diese Zustände sind auch die Äußerungen, welche der vierte Jahresbericht (von 1873) des Arbeitsbureaus von Massachusetts enthält. Da heißt es im Original:

„Legislation at present is almost devoted to the purposes of aggregated wealth, whether in the form of railroads, of manufactures, or numerous other monetary interests. The

[1] Vgl. The Encyclopedia of Social Reform, S. 322.

time of legislatures, national and state, is occupied almost exclusively with the considerations of questions how to increase the facilities by which capital may be accumulated, while very little time or thought is given to the question how the labor can, by lessened work-time and increased means achieve that education which shall elevate him to a truer manhood."

Die Ursachen dieser Übel liegen zum großen Teile in den Spezialitäten des amerikanischen Lebens: in der Tatsache, daß infolge des breiten Raumes, welcher der individuellen Initiative eröffnet wird, die staatliche Einmischung sich recht eigentlich bloß auf solche Institutionen erstrecken kann, welche zu diesem Zweck der Mangel an individueller Initiative offen läßt. Dies aber bedeutet eine riesige Macht für das Individuum. Es entwickelte sich nach und nach die Theorie, daß die großen Dinge von Privaten verrichtet werden müssen, die kleinen besorgt die Regierung.

Aus diesem Prinzipe entstanden nun jene Mißstände, welche die Municipal Ownership Movement bekämpft. Was von dieser Bewegung in sozialer Hinsicht die großen Volksmassen und namentlich das arbeitende Volk zu erwarten haben, setzt Frank Parson in seinem diesbezüglichen Vergleiche zwischen Privat- und kommunale Betriebe folgendermaßen auseinander:[1]

Privateigentum bedeutet lange Arbeitszeit und niederen Lohn für die Arbeiter, kurze Arbeitszeit und große Gehälter für die Direktoren, schwere Arbeitsbedingungen, willkürliche Maßnahmen, Unsicherheit der Beschäftigung, Streiks, Boykotts, schwarze Listen, Mangel der Kontrolle über Einhaltung der Arbeitsbedingungen seitens der Arbeitgeber, völliger Mangel der Fürsorge und Versicherung des Arbeiters im Falle von Krankheit und Invalidität, seiner Familie, im Falle seines Todes, hohe Fahrpreise auf den Verkehrsanstalten, wodurch die Arbeiter gezwungen werden in der Nähe des Betriebes, in überfüllten Mietskasernen zu wohnen etc.

[1] In seinem Buche: The City for the People.

Demgegenüber bedeutet das Gemeineigentum der kommunalen Betriebe: kurze Arbeitszeit und hohen Arbeitslohn für die Arbeiter, rationellere Arbeitszeit und beschränktere Gehälter für die Direktoren, volle Anerkennung des Koalitions- und Petitionsrechtes, größere Sicherheit der Beschäftigung, energische und ausdauernde Arbeit in der Richtung der Besserung der Arbeitsbedingungen, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, die Erkenntnis dessen, daß Menschen wertvoller seien als der Profit; niedrige Fahrpreise, welche es den Arbeitern ermöglichen, daß er vom Betriebe entfernter wohne und dadurch auch die Wohnungsmisère lindern; statt der übergroßen Vermögen einzelner, Gewinnste, welche der Gesamtheit zugute kommen, eine Tendenz zu einer gesünderen Einkommenverteilung und dadurch Beseitigung der größten Gefahr, welche die individuellen Verhältnisse bedroht.

Die bisherigen Errungenschaften haben diese Erwartungen, welche die Municipal Ownership Movement auch niemals erfüllen kann — nicht gerechtfertigt. Dieselben werden von der Encyclopedia of Social Reform folgendermaßen charakterisiert: „Die Versorgung mit Wasser ausgenommen, hat die Municipal Ownership Movement bisher infolge der Gültigkeit der entgegengesetzten Legislatur, der großen Macht der Privatgesellschaften und infolge ihres Widerstandes, wie auch des Übergewichtes des Spoils-Systems,[1] in den Vereinigten Staaten nur wenig Aussichten gehabt. Selbst wo die Gesetzgebung den Städten die Übernahme dieser gemeinnützigen Unternehmungen gestattet hat, schrieb sie bedeutende Beschränkungen hinsichtlich der Betriebsleitung, der Bestimmung der Schulden etc. vor. Nur sehr wenige Gemeinden, welche elektrische Beleuchtungsanlagen haben, sind zur sogenannten „industriellen Beleuchtung“ berechtigt. Sie sind fast in jedem Falle bloß auf die Beleuchtung der Straßen

[1] Das Spoils-System besteht darin, daß die Ämter nicht nach Qualifikation, sondern auf Grund des Prinzips: „The spoils to the Victor!“ (Die Beute dem Sieger) unter Berücksichtigung der Parteizugehörigkeit des Bewerbers besetzt werden. Näheres hierüber findet sich im erwähnten Werke Sombarts Pag. 50.

beschränkt. Aber auch so arbeiten viele öffentliche Beleuchtungsanlagen ganz vortrefflich, wie zum Beispiel diejenigen von Detroit, Jacksonville, South-Norwalk etc.“ Die kleineren Reformen, welche die Bewegung mit sich brachte, können keinerlei Anlaß zu solchen Hoffnungen geben, wie die obigen, welche die völlige Lösung der sozialen Frage vom Municipal Ownership erwarten. Diese optimistischen Erwartungen waren vielmehr dazu geeignet, die Kritik gegen diese Bewegung herauszufordern, welche allmählich auf ihr eigentliches Wesen hinzudeuten begann.

Diese Kritik läßt in sehr bemerkenswerter Weise den Klassencharakter der Ziele und die Mängel der Mittel dieser Bewegung erkennen.

Nicht die Kritik der Politiker und der Großindustriellen oder anderer ähnlich interessierten Kreise ist hier maßgebend, welche die Municipal Ownership Bewegung als eine Modeerscheinung bezeichnet, die bald erlöschen wird, ohne jegliche Spur zu hinterlassen, sondern die Kritik derjenigen, deren Besserstellung diese Bewegung bezweckt, der breiten Volksmassen und namentlich des Proletariats.

Diese letztere Kritik zeigt, zwischen welch engen Grenzen sich die Municipal Ownership bei jener Entwicklung des industriellen Lebens, welche Amerika aufweist, verwirklichen läßt. So zeigt J. B. Osborne, welche finanziellen Schwierigkeiten die Kommunalisierung der Privatbetriebe verursacht: „Unsere Municipal Ownership Propagatoren — so führt er aus — empfehlen nicht die Konfiskation der gemeinnützigen Institutionen, sondern ihren Ankauf. Die einzige Möglichkeit des Kaufes bietet unter der kapitalistischen Rechtsordnung nur eine Anleihe. Von wem soll aber die Anleihe aufgenommen werden? Natürlich von Kapitalisten. Diese Sehenswürdigkeit bietet nun Hearst, Dunne, Schmitz etc.,[1] indem sie das Großkapital bekämpfen und gleichzeitig von diesem eine Anleihe verlangen, um gegen dasselbe den Kampf einleiten zu können.“

[1] Dies sind die Führer der Municipal Ownership Bewegung.

Wenn nämlich die Großstädte beiläufig zur selben Zeit kommunale Schuldscheine zum Zweck der Erlösung der Gemeindebetriebe vom Privateigentum herausgeben würden, benötigte man solch eine horrende Summe, daß diese ohne Hilfe der Milliardäre nicht aufgebracht werden könnte. Diese würden aber nur in jenem Falle zur nötigen Summe beitragen, wenn das kommunale Gemeineigentum für sie vorteilhafter ist, das heißt, wenn sie dadurch ihre Verpflichtungen durch die Gemeinde begleichen lassen könnten. Charakteristische Beispiele sprechen für die Richtigkeit dieses Arguments. So geschah es in Denver (Colorado) im Jahre 1899, daß die Stadt Schuldscheine im Werte von neun Millonen Dollar herausgab, um das Wasserwerk der Denver Union Water Company zu erwerben, aber die Kapitalisten kauften keine Schuldscheine und das Wasserwerk ist bis heute in Privateigentum. Gegen das Argument, in Europa und Australien sei das Prinzip in zahlreichen Gemeinden eingeführt worden, wird mit Recht eingewendet, daß die Betriebe dieser sowohl in ihrem Umfange als auch in ihrem Werte weit geringer sind als die amerikanischen. Besonders ist dies der Fall bei dem Straßenbahnnetz, dessen Kommunalisierung in Europa vielfach die landwirtschaftlichen Interessen befürworteten, welche stellenweise auch heute noch viel stärker sind als die kapitalistischen, was in Amerika nicht der Fall ist.

Von dieser Art des Sozialismus hat also die Arbeiterklasse nicht viel zu erwarten. Auch für eine Besserstellung in bezug auf die Arbeitsbedingungen und -Verhältnisse im kommunalen Betrieb spricht keine Wahrscheinlichkeit, was wiederum ein amerikanisches Beispiel beweist: die amerikanische Post ist im staatlichen Betrieb, den Postangestellten aber ist es streng untersagt, eine Lohnerhöhung zu fordern und eine Forderung nach Besserung der Arbeitsbedingungen hat Bestrafung und Entlassung zur Folge.

Auch an einem anderen Punkte läßt es sich nachweisen, daß das Municipal Ownership einer jeden anderen Volksschicht bessere Dienste leistet als dem arbeitenden Volke, in dessen Interesse es hauptsächlich gefordert wird, nämlich an

der Steuerfrage. Es wird oft verlautet, daß die Einkünfte, welche aus den gemeinnützigen kommunalen Unternehmungen fließen, eine Herabsetzung der Steuerlast ermöglichen. Dies hat aber — bei dem größtenteils progressiven Steuersystem — für den Arbeiter nur eine geringe Bedeutung. Umso mehr bedeutet dies aber für die übrigen Klassen. Das Großkapital hat ein großes Interesse daran, die Steuerlast vom Korporationseigentum auf andere Eigentumsformen zu überwälzen, das Kleinbürgertum hingegen ist bestrebt, die auf sie fallenden Steuern von den Trusts bezahlen zu lassen. Aus gleichen Ursachen unterstützen auch die Grundbesitzer die Idee des Municipal Ownership.[1]

Was nun die politische Seite dieser Bewegung betrifft, so richtete sich diese zunächst gegen die republikanische Oligarchie und gegen jenen Zweig der demokratischen Partei, der vom Großkapital beeinflußt worden ist. Einen realen positiven Nutzen bedeutet die politische Bewegung der Municipal Ownership Richtung nur insofern, als sie durch ihre weitverbreitete Agitation das Interesse für munizipale Fragen erweckt hat, fruchtbare Debatten in der Presse und in Volksversammlungen mit sich brachte und die Aufmerksamkeit der Wissenschaft in bisher unbekanntem Maße auf die Probleme lenkte, so daß heute die Fragen des „Municipal Government" durch nahezu zwanzig Lehrstühle an den verschiedenen Universitäten Amerikas vertreten sind.

In bezug auf praktische Resultate vermag aber die Bewegung nur äußerst wenig aufzuweisen. Die Veränderungen in persönlicher Hinsicht bedeuteten keine Änderung des Systems, weil das System im amerikanischen öffentlichen Leben wurzelt, welches weder neue Programme, noch neue Personen umändern können, nur neue Bedingungen dieses öffentlichen Lebens, namentlich neue wirtschaftliche Bedingungen, welchen jedoch diese Bewegung nicht das Wort redete. Und wenn hinter ihrem wirtschaftlichen Programm die Interessen einer Klasse verborgen sind, so ist dies ebenso unverkennbar bei ihrem politischen Programm, welches auf

[1] Vgl. Lucien Sanials „Taxation".

Grund des extremsten Individualismus die Sozialisierung des Kommunallebens verkündet. Denn dieser Kampf gilt den Trusts, als dem Prinzipe der sozialen Produktion, die mit dem individuellen Wettbewerb aufräumte, welchen herzustellen das reaktionäre Hauptbestreben der genannten Politik ist.

Infolge der inneren Schwäche jener Partei, welche auf Grund dieses individualistischen Prinzips ein staats- und gemeindesozialistisches Programm entworfen hat, ist diese sogenannte Independence Party dazu verurteilt, das Schicksal aller bisherigen „dritten Parteien" zu teilen, deren Mißerfolge Sombart so treffend charakterisiert, indem er sagt: „Dieses tragische Schicksal aller „dritten" Parteien hat — zweifellos — dazu beigetragen, die Schwierigkeiten einer unabhängigen Partei zu vergrößern. Es hat die „dritten" Parteien als solche in Mißkredit gebracht. Man schließt aus den zahlreichen Einzelfällen des Mißlingens auf den Charakter der dritten Partei an sich. Das Interesse der großen Parteien ist natürlich lebhaft dabei engagiert, die Meinung: alle dritten Parteien seien „utopisch", lebensunfähig, „unamerikanisch" usw. im Volke zu verbreiten. Sie schöpfen neue Lebenskraft aus dem kläglichen Untergange ihrer Konkurrenten."[1]

Die Ideen, welche die Municipal Ownership Bewegung propagiert und gereift hat, sind von großem Nutzen für das amerikanische öffentliche Leben, politisch jedoch bedeutet dies nur soviel, daß man demnächst die demokratischen Forderungen ernster nehmen und die Interessen derselben energischer vertreten wird, als dies bisher der Fall war. Die entscheidenden großen Umwandlungen werden aber voraussichtlich nicht diese, sondern die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen des Landes mit sich bringen.

Solange die Herrschaft der Trusts bestehen wird, wird auch die Hegemonie der die Trusts repräsentierenden politischen Partei nicht aufhören. Denn diese sind es, welche die gesamte wirtschaftliche Macht des Landes aufsaugen. Sie

[1] Warum diese Feststellung für die sozialdemokratische Arbeiterpartei Amerikas nicht ganz zutreffend ist, werden wir im dritten Kapitel nachweisen. (S. Pag. 42.)

sind Herren der Union, der Staaten und der Gemeinden, mit ihnen kann Staatssozialismus und Municipal Ownership den Kampf nicht aufnehmen.

Doch die allgemeine Strömung der neuesten Zeit in der Richtung der politischen Demokratie zeigt schon, daß die wirtschaftliche Oligarchie der Trusts eine entsprechende Reaktion hervorrief. Die natürlichen Träger dieser Gegenströmung sind aber die großen Volksmassen und ganz besonders die industrielle Arbeiterschaft der Großstädte.[1] Diese hat das größte Interesse an einer unverfälschten demokratischen und sozialen Politik. Dieses Interesse aber ist im diametralen

[1] Die Sozialdemokratische Partei der Stadt Newyork veröffentlichte während der Kommunalwahlkampagne des Jahres 1905 folgendes Munizipalprogramm:

The Social Democratic Party declares it to be in the interest of the working class to secure to the city of New York the fullest measure of selfgovernment, and demands that the city charter be amended accordingly. We demand that the powers of the city government be so extended as to enable it to provide employment to its citizens out of work; to furnish to the citizens any commodity it may deem necessary; and to establish and conduct for this purpose the required industries. — The industries on wich the lives and health of all citizens depend should be owned and operated by and for the whole people. . . . — The Social Democratic Party demands that the city reclaim all franchises and public grants now held by private corporations, and that industries requiring a franchise be owned and operated by the municipality itself for the equal benefit of all citizens. — It is the first duty of the municipal government to secure justice to those of its citizens who by their labor add to its wealth and greatness. The past and present city governments have utterly failed in this duty... — The S. D. P. demands that the city do all municipal work without contractors; and that members of labor unions be given preference; that no city employee should be required or permitted to work more than eight hours a day; that the city should secure protection to the life and limb of the workers on public or private works; that every public employee should be insured by the municipality against accident, sickness and old age.

Weitere Programmpunkte enthalten Forderungen bezüglich einer demokratischen kommunalen Schul- und Wohnungspolitik, wie auch einer wirksamen öffentlichen Gesundheitspflege.

Gegensatz zu denjenigen des „Hearstismus“. Während letzterer sein Ideal in einer freien Konkurrenz, welche nicht zum Trust führt, erblickt, fordert jene die Vergesellschaftung der Trusts. „Let the Nation own the Trusts!“ ist das Losungswort der sozialistischen „Government Ownership“ Bewegung. Nicht die Vernichtung der Trusts, sondern ihre Sozialisierung. Diese Sozialisierung kann sich aber nicht allein auf das Monopol der Korporationen über die Gemeindebetriebe beziehen, sondern noch vielmehr auf das der übrigen großen Zentren der nationalen Produktion.

Die Verwirklichung dieses Zieles ist aber schon Gegenstand jener Bestrebungen, welche das Programm der sozialistischen Arbeiterbewegung bilden.

III. KAPITEL.

Die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.

Die ersten Koalitionen der amerikanischen Arbeiterschaft waren keine sozialistischen Gebilde. Sie waren im wesentlichen reformatorischer Natur und von momentanen Notwendigkeiten geleitet. Sowohl jene Arbeiterassoziationen, welche von den Arbeitern ausgingen, um ihre augenblicklichen Interessen zu wahren, wie auch jehne, welche auf Grund der Lehren irgend eines Sozialreformers in politischer Form organisiert worden sind, trachteten danach, ihr Programm innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung durchzuführen. Die Arbeiterverbände wirtschaftlicher Natur bekämpften nicht das Lohnsystem und forderten nicht das unbekürzte Ergebnis ihrer Arbeit, sondern wünschten zunächst eine Besserstellung, die politischen Gebilde hinwieder vermieden auf das sorgsamste alles, was die Arbeiterschaft als eine selbständige sozialpolitische Klasse hätte erscheinen lassen können.

Die erstere, und wie bereits erwähnt, die ursprüngliche Form der Arbeiterbewegung, begann in erheblicherem Maße nach dem Bürgerkriege ihre Tätigkeit. Zwar gab es auch schon vorher vereinzelte Arbeitervereine in den großen Industriezentren, allein diese hatten einen durchaus lokalen Charakter und spielten keine besondere Rolle in der Arbeiterbewegung des Landes. Die Beendigung des Bürgerkrieges brachte aber eine Ursache mit sich, welche mit Notwendigkeit zu einer energischeren Organisation der Arbeiter führen

mußte: die enorme Arbeitslosigkeit. Nach den Berichten Moodys[1] gab es bloß in den nördlichen Staaten 3½ Millionen Menschen, welche während des Krieges im Staatsdienste stehend, nach Beendigung desselben brotlos geworden sind.

Die soziale Lage der Arbeiterschaft, welche durch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes sich immer einförmiger und immer schlechter zu gestalten begann, führte zu Stiftungen von dauernden Assoziationen, unter denen besonders diejenigen der „Knights of Labor“ und die „American Federation of Labor“ hervorzuheben sind.

Diese Vereinigungen, obwohl vom Sozialismus weit entfernt, sind für die amerikanische sozialistische Bewegung nicht ganz bedeutungslos, da sie jene Organisationen sind, in welchen die Arbeitermassen Amerikas die elementare Schulung für den Sozialismus gewannen, durch Ausbildung ihres Klassenbewußtseins und ihrer Klassensolidarität. Es wird daher angezeigt sein, daß wir diese Vorstufen der sozialistischen Arbeiterbewegung des Näheren erörtern.

Der Orden der „Ritter der Arbeit“ (Knights of Labor), mit welchem die nationale Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten anbricht, wurde in 1869 in Philadelphia durch Uriah Stephens gestiftet, der angeblich durch das kommunistische Manifest beeinflußt gewesen sein soll. Allein statt im Zeichen des offenen proletarischen Klassenkampfes, den das kommunistische Manifest befürwortet, wurde der Orden als eine geheime Gesellschaft organisiert. Seinen Zweck, alle Gewerke gelernter und ungelernter Arbeiter zu vereinigen, erforderte eine zentralisierte Organisation und ein Zentralorgan, in dessen Händen alle Fäden der lokalen und Distriktorganisationen zusammenlaufen. Dies erforderte auch die Art, auf welche sie ihr Ziel zu erreichen trachteten. Diese, in den Vereinigten Staaten systematisch wohl zum ersten Male angewandte Methode bestand aus dem Sympathiestreik und dem Boykott, mit welchen Machtmitteln die Ritter der Arbeit ihrem Wahlspruche: „Alle für Einen und Einer für Alle“, Geltung zu verschaffen wußten. Von diesen

[1] In seinem „Land and Labor in the U. S.“

Streiks gelang insbesondere jener zur Berühmtheit, welchen die Ritter der Arbeit gegen die Gouldsche Eisenbahngesellschaft im Interesse des Achtstundentages organisiert haben.

Infolge des Ärgernisses, den ihre radikalen Ziele und Mittel allgemein verursachten, hatten die Ritter der Arbeit mit gesellschaftlichen, staatlichen und kirchlichen Autoritäten einen harten Kampf zu kämpfen, und namentlich mit letzteren, welche es dem Orden übelnahmen, daß er seinen Mitgliedern verbot, über Ordensangelegenheiten zu beichten. Die mannigfaltigen Angriffe und Verdächtigungen, mit welchen der Orden fortwährend überhäuft worden ist, veranlaßten die Ritter der Arbeit im Jahre 1878 die bisherige Form der geheimen Gesellschaft aufzugeben und am Wege einer Prinzipienerklärung vor der Öffentlichkeit jegliche Verbindung mit „gewalttätigen und revolutionären Vereinigungen" abzulehnen. Aber auch diese offene Stellungnahme vermochte nicht die Gemüter für die Ritter der Arbeit zu stimmen. Im Gegenteil: die Prinzipienerklärung wurde als ein sozialistisch-revolutionärer Aufruf gedeutet und die Antipathie gegenüber den Rittern der Arbeit wuchs von Tag zu Tag.

Der unvermeidliche Zusammenstoß zwischen den organisierten Arbeitern und den Behörden ließ nicht lange auf sich warten. Der große Streik, den die ersteren gegen die Mähmaschinenfabrik Mc. Cormick im Interesse des Achtstundentages organisierten, bot infolge des Angriffes der von der Fabrik angestellten Streikbrecher seitens der Streikenden, einen günstigen Anlaß zur bewaffneten Einmischung der Polizei, welche die Tötung eines und die Verwundung mehrerer Streikenden zur Folge hatte. Am Tage nach diesen Ereignissen, am 4. Mai 1886, sollte die historische Protestversammlung gegen die polizeilichen Übergriffe am Haymarket Square, in Chicago, abgehalten werden. „Alles ist in größter Ruhe abgelaufen, so berichtet Ebert,[1] als knapp vor Schluß der Versammlung die Polizei, ohne jegliche Warnung und Berechtigung die Anwesenden zu attackieren anfing. Hierauf

[1] In seiner „American Industrial Evolution". New-York, Labor News Company.

wurde von unbekannter Hand (angeblich von der Polizei gedungen) eine Bombe in den Tumult geworfen, welche sieben Menschen tötete und fünfzig verwundete. Eine Anzahl hervorragender Anarchisten, die sich an der Organisation der Protestversammlung beteiligt hatten und Reden hielten, wurden verhaftet, einige von ihnen zum Tode durch Strang verurteilt, andere eingekerkert. Die Begründung dieser Verfolgungen war die, daß der unbekannte Bombenwerfer seine Tat durch die Lehren der Verurteilten ermutigt, welche in der Gewalttätigkeit die Lösung der sozialen Frage erblickten, begangen hat.

Wie wenig diese Verurteilten an dem Attentate beteiligt waren, wies einige Jahre später der Gouverneur des Staates Illinois, Altgeld nach, als er in 1893 die eingekerkerten Opfer des Dramas am Haymarket Square begnadigte.[1] Noch weit weniger aber waren die Ritter der Arbeit an dem Attentate beteiligt, wenngleich sich die Anarchisten, die um dieselbe Zeit immer energischer terroristische Ideen zu verbreiten begannen, der Agitation des Ordens der Ritter der Arbeit für den Achtstundentag anschlossen und diese im Interesse der anarchistischen Bewegung ausnützten. Was die letztere anbelangt, hat sie ihre eigene Geschichte in den Vereinigten Staaten, mit welcher diejenige der sozialistischen Bewegung nicht vermengt werden darf. Der Vollständigkeit halber sei dennoch bemerkt, daß auch die Anarchisten jede Verantwortung für den verhängnisvollen Bombenwurf ablehnten und so ist es bloß der äußere Anlaß, welche die Anarchisten und die Ritter der Arbeit beim Chicagoer Drama zusammenführte: die Agitation im Interesse des Achtstundentages.

Während der Kämpfe, welche die Ritter der Arbeit ums Dasein und Erreichung ihrer Ziele führten, entstand und entwickelte sich eine andere, auch noch für die gegenwärtige Arbeiterbewegung Amerikas überaus bedeutsame Organisation: die Amerikanische Arbeiterföderation, American Federation of Labor. Als dieselbe im Jahre 1880 in Pittsburg gestiftet wurde, erregte diese „unamerikanische Organisation"

[1] S. Nachtrag. S. 54.

in bürgerlichen Kreisen und namentlich in der bürgerlichen Presse eine allgemeine Unzufriedenheit. Der Umstand, daß zahlreiche Delegierte zur ersten Konvention des Bundes ausländischer Herkunft waren, genügte, um die neue Organisation und ihre Prinzipien heftig anzugreifen.

Ihr Hauptprinzip aber war: „to render employment and means of subsistence less precarious by securing to the workers an equitable share of fruits of their labor." Ob und in welchem Maße sie dieses Ziel verwirklicht haben, ist eine Spezialfrage, welche die Geschichte der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung zu beantworten hat. An dieser Stelle interessiert uns viel näher, in welchen Beziehungen die Föderation zum Sozialismus stand. Diesbezüglich ließ ein amerikanischer Delegierter zum internationalen Arbeiterkongreß zu Paris vom Jahre 1889 folgendes verlauten:

„Meines Wissens ist die mächtigste Arbeiterorganisation der Vereinigten Staaten und diejenige, welche für die Zukunft die größten Hoffnungen gewährt, der Amerikanische Arbeiterbund, American Federation of Labor — bestehend aus den Gewerkvereinen, deren Geist und Richtung an die alten englischen Trades Unions erinnert. Hinsichtlich ihrer Richtung kämpft diese Arbeiterbewegung noch auf der Grundlage des Lohnsystems, das heißt fordert die Herabsetzung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Arbeitslohnes . . . Es scheint mir zweifellos, daß die sehr intelligenten Führer dieser Organisation die Unzulänglichkeit der soeben erwähnten Ziele bereits eingesehen haben. Allein sie finden es noch für verfrüht, daß sie weitergehen, in der Richtung des Sozialismus. Es wird von unten ein Druck in dieser Richtung ausgeübt werden und nach Fortschaffung der widerstehenden Elemente, wird der Amerikanische Arbeiterbund binnen kurzem, gleich dem zielbewußten Proletariate der alten Welt, den Klassenkampf proklamieren."

Diese Prophezeiung hat sich bis auf den heutigen Tag nicht verwirklicht und wird sich voraussichtlich auch niemals verwirklichen, weil der Amerikanische Arbeiterbund im Laufe seiner Entwicklung allmählich zu einer Organisation

wurde, welche viel eher den Sozialismus aufzuhalten, als zu fördern zum Ziele hatte. Er wurde zu einem Gebilde, welches alles daran setzte, gute Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit herzustellen.

Diese Haltung der weitaus größten und mächtigsten Arbeiterorganisation Amerikas trug viel dazu bei, daß in jenem Lande, in welchem die ökonomischen Lehren des marxistischen Sozialismus die weitgehendste Rechtfertigung gewannen, gerade jene Theorie ungerechtfertigt blieb, in welcher die gesamte Soziallehre und Sozialpolitik des Marxismus wurzelt, jene Lehre, welche nicht allein unter den sozialistischen Systemen ein Novum bedeutet, sondern die gesamte weltgeschichtliche Anschauung in neue Bahne lenkt: die Theorie des Klassenkampfes. Hierin liegt aber auch die Antwort auf jene Frage, welche in letzteren Jahren weite Kreise der Wissenschaft und Politik, sowohl in Europa, wie auch in Amerika, beschäftigte, auf die Frage: warum es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus gibt? Die vielen Ursachen dieses Umstandes laufen in jener Resultante zusammen, daß der Klassenkampf auf eine so speziale Weise aufgehalten worden ist, daß die künstlichen Dämme gegen denselben eben die bestorganisierten Arbeiter errichteten, teils durch ihre politischen Rechte, teils durch ihre wirtschaftliche und soziale Sonderstellung, die sie in der Arbeiterklasse Amerikas einnahmen, hypnotisiert.

Die Bürgerschaft Amerikas wachte — wie wir sahen — sorgsam darüber, daß auf sozialem Gebiete keinerlei Klassentendenz zur Geltung komme und diejenigen Klassentendenzen, welche sich auf wirtschaftlichem Gebiete notwendigerweise durchsetzten, trachtete sie, soviel wie möglich zu übertünchen. Dies geschah auch mit den Trades Unions, welche ihrer Bestimmung nach nichts anderes sein konnten, als von Lohnarbeitern im Interesse ihrer Besserstellung gestiftete Organisationen. Behalten aber diese ihren Klassencharakter, so ist die Gefahr vorhanden, daß damit für den politischen Sozialismus eine Grundlage geboten sei, auf welche sich dieser mit der Zeit stützen kann. Diese Gefahr mußte

verhindert werden und die Kapitalistenklasse wußte sie zu hindern.

So geschah es nun, daß der amerikanische Arbeiterbund sich zu keiner regelrechten Arbeiterorganisation entwickeln konnte. In ihrer Formation paßte sie sich nicht der fortwährend wechselnden Struktur der bürgerlichen Gesellschaft an, sie erfaßte nicht die höhere Aufgabe einer Trade Union Bewegung. Die Agenten der Kapitalisten, die sich Eingang und bei den Verhandlungen der Angelegenheiten und Vorschläge das Recht der Kontrolle zu verschaffen wußten, haben diese Organisation zu einem willigen Objekt der Kapitalisten geformt, so daß das Wall Street Journal, das Blatt der Trustmagnaten mit Recht behaupten konnte, die American Federation of Labor sei das stärkste Bollwerk gegen den gefährlichen Strom des Sozialismus.

Es ist nach alldem begreiflich, daß der letztere, sobald er über die ersten Anfänge herauskam und sich den speziellen amerikanischen Erforderungen anpassen konnte, in dem Problem des „Unionismus", respektive in dessen Lösung seine Hauptaufgabe erblicken mußte. Es wurde für ihn eine Lebensfrage, die alten, konservativen Trades Unions mit sozialistischem Inhalte zu erfüllen.[1]

Diese Arbeit und zugleich die Amerikanisierung des Sozialismus hatte die Sozialistische Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten zu verrichten.

Was an sozialistischen Experimenten dieser voranging, war entweder nicht sozialistisch im modernen Sinne des Wortes, oder aber wurzelte nicht im amerikanischen Boden. Mit anderen Worten: die der Sozialistischen Arbeiterpartei vorangehende sozialistische Bewegung in Amerika, war teils eine auf Utopien ausgehende, teils eine von Eingewanderten Europäern organisierte und propagierte.

[1] Über diese Bestrebungen finden sich viele interessante Einzelheiten in den Berichten der „Sozialistischen Arbeiterpartei" und der „Industrial Workers of the World" an den internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart vom Jahre 1907.

Was die letzteren betrifft, so waren es hauptsächlich emigrierte Deutsche, die in Arbeiterkreisen dem Sozialismus Propaganda machten. Dieser Sozialismus aber — wie De Leon berichtet — bestand hauptsächlich aus Negationen, und die Kenntnisse der Propagatoren waren so oberflächlich, daß ihnen die richtige Einsicht in die Verhältnisse ihrer neuen Heimat vollkommen fehlte, konnte daher einen dauernden Einfluß auf die amerikanischen Arbeitermassen nicht ausüben.

Die utopistischen Bestrebungen, welche ein bedeutendes Kapitel in der Vorgeschichte des amerikanischen Sozialismus in Anspruch nehmen, haben alle gemein, daß sie — im Gegensatz zum modernen Sozialismus — auf keiner wissenschaftlichen Grundlage aufgebaut sind und keinerlei Beweise ihrer praktischen Durchführbarkeit lieferten. Von den kommunistischen Kolonien europäischer Utopisten gar nicht zu sprechen, sind die sozialen Schwärmereien amerikanischen Ursprunges auch kein Sozialismus der Massen und namentlich des Proletariats, sondern der Sozialismus der Mittelklasse. Die Greenback-Partei, die Henry George-Bewegung, die von Bellamy ausgehende Nationalist-movement entstanden außerhalb der Arbeiterklasse. Die Führer und Anhänger dieser Bewegungen gehörten der Mittelklasse an und leugneten die Existenz einer besonderen Arbeiterklasse als einer sozialpolitischen Einheit.

Alle diese Ansätze und ihre Mißerfolge kamen nun der ersten Sozialistischen Arbeiterpartei des Landes zugute: der Socialist Labor Party. Dieselbe wurde im Jahre 1877 in Newark, New-Jersey gegründet, nachdem sie schon vorher unter dem Namen „Sozialdemokratische Arbeiterpartei von Nordamerika“ eine mächtige Agitation entwickelte. Die neue Partei nahm sowohl das theoretische Novum des modernen Sozialismus, den Klassenkampf, wie auch das taktische, den Internationalismus in ihr Programm auf.

Letzteres enthielt in seiner revidierten Fassung folgenden Wortlaut:[1]

[1] Über die ursprünglichen Forderungen der Partei. S. Anhang S. 59.

„Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ist bestrebt, einen freien, auf Arbeit begründeten Staat zu errichten. Jedes Mitglied verspricht, nach seinem besten Können folgende Grundsätze zu verfechten:

1. Abschaffung der gegenwärtigen ungerechten politischen und sozialen Zustände.

2. Aufhebung aller Klassenherrschaft und Klassenprivilegien.

3. Beseitigung der Abhängigkeit der Arbeiter von den Kapitalisten durch Einführung eines genossenschaftlichen Arbeitssystems an Stelle des Lohnsystems, so daß jeder Arbeiter den vollen Wert seiner Arbeit erhalten wird.

4. Die Eroberung der politischen Macht als Haupterfordernis für die Lösung der Arbeiterfrage.

5. Einheitlicher Kampf, einheitliche Organisation aller Arbeiter und strenge Unterordnung des einzelnen unter die im Interesse des Gemeinwohls entworfenen Gesetze.

6. Sympathie mit den Arbeitern aller Länder, die um dasselbe Ziel kämpfen."

Nebst diesen, für den Sozialismus aller Länder mehr oder weniger gemeinschaftlichen Programmpunkten, ist für die Tätigkeit der Sozialistischen Arbeiterpartei ganz besonders jene konkrete Stellungnahme bezeichnend, welche sie bezüglich des Unionismus an den Tag legte.

Die Sozialistische Arbeiterpartei, begründet aus den Überbleibseln radikaler Bewegungen, welche auftauchten und verschwanden, suchte zunächst mit den Organisationen in Fühlung zu kommen, welchen es in höherem Maße gelungen ist, Lohnarbeiter für eine gemeinsame Bewegung zu gewinnen. Diese waren, wie wir sahen, erst die Ritter der Arbeit, dann die American Federation of Labor.

Bei diesen Bestrebungen war es der Sozialistischen Arbeiterpartei nicht nur darum zu tun, eine politische Konkurrenz den zwei großen bürgerlichen Parteien zu bieten, wie dies bei den übrigen „dritten Parteien" der Fall war. Es kam ihr nicht auf Wahlsiege an und suchte die großen Arbeitermassen nicht nur deshalb auf, um ihre Stimmen zu

gewinnen, sondern um den ganzen Apparat politischer Tätigkeit zu einer intensiven Agitation im Interesse des Sozialismus zu benützen.[1]

Allein bis zu Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts litt auch die Sozialistische Arbeiterpartei noch an dem Übel seiner Vorgänger, weswegen sie die breiteren Massen des amerikanischen Volkes zu erreichen unfähig war. Auch sie war noch vorwiegend eine deutsche Partei, ihre offizielle Sprache war die deutsche und das amerikanische Element, welches in ihr vertreten war, bildete eine unansehnliche Minorität.

Diesen Umstand rügten selbst die Sozialdemokraten Deutschlands und namentlich Friedrich Engels, der Karl Marx den modernen Sozialismus zu begründen half. Als sein Werk über die Lage der arbeitenden Klassen in England im Jahre 1887 in der amerikanischen Ausgabe erschien, empfahl er in seinem zu dieser Ausgabe geschriebenem Vorworte auf das dringlichste, die Amerikanisierung der sozialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten. „Der Sozialistischen Arbeiterpartei — so führt er aus — harrt eine sehr wichtige Rolle in dieser Bewegung. Um aber dieser Genüge leisten zu können, muß sie alle Überbleibsel ihrer fremden Tracht ablegen. Sie wird ganz und gar amerikanisch werden müssen. Sie kann nicht darauf rechnen, daß die Amerikaner zu ihr kommen werden; sie die Minorität und die Einwanderer müssen zu den Amerikanern gehen, zur überwältigenden Majorität und zu den Einheimischen."

Zu der soeben erwähnten Schwäche der Sozialistischen Arbeiterpartei gesellten sich in der ersten Periode ihrer Tätigkeit noch zwei andere Umstände, welche eine Neuorganisation der Partei erforderten. Der eine Umstand war eine Kompromißpolitik, deren Wege die Socialist Labor Party, statt der programmgemäßen intransigenten Revolutionspolitik, einzugehen begann; der andere, ihre laue Haltung gegenüber der sogenannten „pure and simple Trade Unions", das heißt

[1] Vgl. pag. 30.

denjenigen wirtschaftlichen Arbeitervereinigungen, welche jegliche politische Stellungnahme prinzipiell ablehnten.

Die unvermeidliche Reorganisation erfolgte — allerdings auf Kosten einer Spaltung der Partei in die ursprüngliche Sozialistische Arbeiterpartei und die Sozialdemokratische Föderation (die letztere verschwand nach kurzer Zeit, die erstere besteht noch heute) — im Jahre 1889 an dem Kongreß der Partei zu Chicago. Ein neues, von Lucien Sanial entworfenes Programm wurde angenommen, welches schon in seiner äußerlichen Abfassung die neue Richtung zu Schau tragen sollte.

„Während alle früheren Programme der Partei aus einer kurzen und leidenschaftslosen Darstellung der abstrakten Grundsätze des modernen Sozialismus bestanden hatten, trug das Programm von 1889 mehr den Charakter einer Kampfschrift und zeigte eine nationale Färbung, insofern sich seine Ausführungen auf die Unabhängigkeitserklärung gründeten." (The Socialist Labor Party of America in convention assembled, reassert the inalienable right of man to life, liberty and the pursuit of happiness, so lautet der erste Satz dieses Dokuments, welches mit unbedeutenden Änderungen auf allen folgenden Kongressen der sozialistischen Arbeiterpartei immer wieder angenommen worden ist und steht jetzt noch in Kraft.)[1]

Als eine nationale Partei organisiert, begann die Sozialistische Arbeiterpartei in erheblicherem Maße am politischen Leben des Landes teilzunehmen, als dies ehedem der Fall war. Zwar hegten einzelne Angehörigen der Partei ab und zu Bedenken in bezug auf eine ausgesprochene politische Tätigkeit, da sie mehr im wirtschaftlichen Klassenkampfe und in der Organisierung desselben das wahre Ziel einer sozialistischen Bewegung erblickten, ein Ziel, welches in ihrem Anfangsstadium auch die Sozialistische Arbeiterpartei auf ihr Banner schrieb. Als sie aber aufhörte eine bloße „Partei der Propaganda" zu sein, trat sie immer energischer für eine

[1] Vgl. Hillquit op. cit.

radikale Arbeiterpolitik ein. Im Jahre 1890 finden wir schon die Sozialisten von Newyork in lebhafter politischer Tätigkeit. Über den weiteren Verlauf derselben berichtet Hillquit folgendes:

„Die Sozialistische Arbeiterpartei stellte (im Jahre 1890) eine vollständige Liste für die Staatswahlen mit Franz Gerau, einem beliebten Brooklyner Arzt, als Kandidat für das Amt eines Richters des Appellgerichtshofes an der Spitze auf und erhielt im Staate 13,704 Stimmen.

Zu dem verhältnismäßig großen Erfolge hatte die Einführung des australischen Systems der geheimen Abstimmung im Staate Newyork viel beigetragen. Infolge dieses Systems erschienen die Namen der Parteikandidaten auf dem Wahlzettel in allen 61 Kreisen des Staates und, zur großen Überraschung der Sozialisten selbst, gab jeder Kreis, mit einziger Ausnahme von Delaware, einige Stimmen für die Liste ab.

Im folgenden Jahre stieg die Zahl der sozialistischen Stimmen im Staate Newyork, die für Daniel De Leon, den Parteikandidaten für das Amt eines Gouverneurs, abgegeben wurden, auf 14,651. Zur selben Zeit beteiligten sich die Sozialisten von Massachusetts und Newjersey zum erstenmal an der Politik; die ersteren erzielten 1429 Stimmen, die letzteren 472.

Im Jahre 1892 stellten die Sozialisten zum erstenmal eine Präsidentenliste in den Vereinigten Staaten auf. Dieses Vorgehen wurde auf einer „nationalen" Parteikonferenz beschlossen, die im Monat September im Hauptquartier der Partei, in der Stadt Newyork abgehalten wurde. Die Konferenz war von acht Vertretern besucht, die aus den Staaten Newyork, Newjersey, Massachusetts, Connecticut und Pennsylvanien kamen. Simon Wing aus Boston wurde als Kandidat für die Präsidentschaft, Charles H. Matchett aus Brooklyn, als Kandidat für die Vizepräsidentschaft aufgestellt. Die Partei hatte Listen in sechs Staaten und erzielte eine Gesamtstimmenzahl von 21,512. Seitdem wurden jedes Jahr neue Staaten in den Kreis der sozialistischen Politik ein-

bezogen. Die Zahl der sozialistischen Stimmen stieg langsam aber stätig, wie folgende Zahlen zeigen: 1893: 25,666; 1894: 30,120; 1895: 34,869.

Für die Präsidentenwahl des Jahres 1896 stellten die Sozialisten Charles H. Matchett als Präsidentschafts- und Matthew Maguire als Vizepräsidentschaftskandidaten auf und erzielten in zwanzig Staaten der Union insgesamt 36,275 Stimmen.

Im folgenden Jahre stiegen die Stimmen der Sozialistischen Arbeiterpartei auf 55,550 und im Jahre 1898 auf 82,204; das war die höchste Stimmenzahl, welche die Sozialistische Arbeiterpartei als solche erzielt hat."

Trotz dieser politischen Tätigkeit war es aber dennoch nach wie vor die Frage der Gewerkschaften, welche die Sozialistische Arbeiterpartei in höchstem Maße beschäftigte. Gegenüber der politischen Neutralität der „pure and simple" Trade Unions, und gegen ihren Wahlspruch „No politics in the Union", machte die Sozialistische Arbeiterpartei geltend, daß eine bona fide Gewerkschaft die sozialistische Politik zu verfechten habe. Allein mit dieser Ansicht ist die Partei weder bei den Rittern der Arbeit, noch bei der Amerikanischen Arbeiterföderation durchgedrungen. An der erwähnten, für die Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei so bedeutsamen Konvention vom Jahre 1893 wurde eine Resolution angenommen, welche die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen als hoffnungslos korrupt verurteilte und die Anerkennung eines inzwischen gegründeten Sozialistischen Gewerkschafts- und Arbeiterverbandes (Socialist Trade and Labor Alliance) empfahl.

Die Socialist Trade and Labor Alliance ist die erste praktische Offenbarung jener, von der Sozialistischen Arbeiterpartei stets verfochtenen Anschauung, daß der Sozialismus mit der Sozialdemokratie noch nicht verwirklicht sei, daß die politische Einigkeit der Arbeiterklasse vielmehr nur der Reflex der ökonomischen Einigkeit sein kann. Diese ökonomische Einigkeit auf sozialistischer Grundlage in Form einer wirtschaftlichen Arbeiterorganisation herzustellen, war

von jeher der Hauptzweck der Sozialistischen Arbeiterpartei. Diesem Zwecke diente ihre gesamte Agitation, ihre politische Propaganda, und vor allen Dingen die von ihr gegründeten sozialistischen Gewerkvereine. Unter diesen ist neben der Socialist Trade and Labor Alliance die Organisation des Industriellen Arbeiterverbandes der Welt (Industrial Workers of the World), von besonderer Wichtigkeit und verdient eine nähere Beleuchtung.

Der Standpunkt der Socialist Trade and Labor Alliance, wie er in dem von ihr herausgegebenen Manifeste klar zutage tritt, wird folgendermaßen umgeschrieben:

„Nachdem im Laufe der natürlichen Entwicklung des Kapitalismus der Klassenkampf zwischen den privilegisierten Wenigen und den enterbten Massen — eine unvermeidliche und unabwendbare Folge des Lohnsystems — an einem Punkte angelangt ist, wo die alten Formen, Methoden und der veraltete Geist der Arbeitervereine völlig unfähig sind die Angriffe des konzentrierten Kapitals abzuwehren und irgendwelche dauerhafte Besserstellung in den Verhältnissen der Lohnarbeiter zu bewirken . . . und

nachdem die wirtschaftliche Macht der Kapitalistenklasse, welche sie zur Unterdrückung der Arbeit gebraucht, sich auf Institutionen hauptsächlich politischer Natur aufbaut, die aus Ursachen, welche in der Natur der Dinge liegen, in radikaler Weise nicht umgeändert, ja nicht einmal einigermaßen zugunsten des arbeitenden Volkes verbessert werden können, es sei denn, durch die direkte Aktion des arbeitenden Volkes selbst, als einer wirtschaftlich und politisch vereinigten Klasse,

demzufolge werden die Lohnarbeiter hiemit aufgefordert, sich in einer starken Körperschaft zu vereinigen, zusammengehalten durch einen unüberwindlichen Geist der Solidarität, als eine Klasse, die sich ihrer Kraft bewußt, ihrer Rechte eingedenk ist, entschlossen, dem Übel bei jedem Schritt entgegenzutreten und beseelt ihre eigene Emanzipation zu erkämpfen. Als Mitglieder der Sozialistischen Gewerkschafts- und Arbeiteralliance der Vereinigten Staaten und Canada,

werden wir beständig sein großes Ziel vor Augen halten, das Ziel, die endgültige Vernichtung jenes barbarischen Kampfes, so rasch als möglich, am Wege der Abschaffung der Klassen herbeizuführen, die Rückerstattung des Bodens und aller Produktions-, Verkehrs- und Verteilungsmittel an das Volk, als an eine kollektive Körperschaft und die Einführung der kooperativen Gesellschaft, an Stelle des heutigen Staates mit seiner planlosen Produktion, seinem industriellen Kriege und sozialer Unordnung zu bewerkstelligen, jener Gesellschaft, in der jedem Arbeitenden die freie Ausübung und die volle Ausnützung seiner Fähigkeiten ermöglicht werde, vervielfacht durch alle modernen Faktoren der Zivilisation."

Die Sozialistische Gewerkschafts- und Arbeiteralliance hat sich der traditionellen Gewerkschaftsbewegung zweifach entgegengestellt. Erstens hat sie ihre bürgerliche Grundlage verworfen und sich auf die sozialistische gestellt, zweitens das alte antipolitische Prinzip der Trade Unions bekämpft. Beide Tatsachen manifestierten sich in dem Anschluß der Alliance an die sozialistische Arbeiterpartei. Kaum hat jedoch die Alliance — wie De Leon schreibt — ihre ersten Schritte getan, wurde sie der Zielpunkt der erbittersten Angriffe seitens der American Federation of Labor. Der Kampf pflanzte sich dann auch in die Partei fort, woraus ein Konflikt entstand, welcher im Jahre 1899 in einer Entzweiung der Partei seinen Kulminationspunkt erreichte. Ein Teil der Sozialistischen Arbeiterpartei trat aus und stellte sich auf einen neutralen Standpunkt bezüglich des Unionismus, während das Gros der Sozialistischen Arbeiterpartei erklärte, die Neutralität sei bloß eine Maske, hinter welcher sich die Solidarität mit den korrupten Gewerkschaften birgt. Der Kampf, der bis 1899 innerhalb der Sozialistischen Arbeiterpartei gefochten worden ist, tobte nun zwischen dieser und der neuen, die sezessionierten Elemente enthaltenden Partei fort.

Letztere, die Sozialistische Partei genannt, wurde am 6. März 1900 in Indianapolis gegründet. Sie entwickelte sich rasch und überwand binnen kurzem die ersten

Schwierigkeiten. „Als der Kongreß zu Indianapolis am 29. Juni 1901 zusammentrat," — so berichtet Hillquit, einer der Begründer und Obmänner dieser Partei — „ergab es sich, daß die teilnehmenden Organisationen nicht weniger als 10,000 eingeschriebene Mitglieder besaßen . . . Dieser Kongreß war die größte und repräsentativste nationale Versammlung der Sozialisten, die je in den Vereinigten Staaten abgehalten wurde. Unter den Delegierten befanden sich Männer, die in allen Abschnitten der sozialistischen Bewegung tätig gewesen waren, und neben ihnen hervorragende Persönlichkeiten, die erst kürzlich in die Bewegung gekommen waren. Die sozialistischen Organisationen von Porto Rico waren durch einen eigenen Delegierten vertreten; die Anwesenheit dreier Neger, die sich durch Verständnis und Ernst unter den Delegierten auszeichneten, bezeugte die Tatsache, daß der Sozialismus begonnen hatte auch unter der farbigen Rasse Wurzel zu fassen.

Die Zusammensetzung des Kongresses bewies ebenfalls, wie sehr sich der Charakter der sozialistischen Bewegung im Laufe der letzten Jahre geändert hatte; von 124 Delegierten waren nicht mehr als 25 oder etwa 20 Prozent im Ausland geboren — alle anderen waren geborene Amerikaner. Der Sozialismus hatte aufgehört, eine exotische Pflanze zu sein."

Mit der Gründung dieser neuen Partei hörten jedoch die Streitigkeiten innerhalb des sozialistischen Lagers nicht auf. Sie gewannen vielmehr eine organisierte Form: Die gegenwärtigen Anfeindungen der beiden Gruppen wurden systematisch und führten zu einer Zersplitterung der sozialistischen Kräfte. Im Mittelpunkte der Reibungen stand nach wie vor das Gewerkschaftsproblem. Die zwei entgegengesetzten Prinzipien in dieser Hinsicht können folgendermaßen charakterisiert werden:

„Das eine dieser Prinzipien stellt fest, daß die politische Bewegung des Sozialismus die wirtschaftliche nicht entbehren könnte, selbst wenn sie wollte, und nicht entbehren dürfte, selbst wenn sie es könnte und daß in diesem

vollauf kapitalistischen Lande keine gesunde oder ersprießliche politische Bewegung gedacht werden könne, wenn diese nicht in einer gesunden wirtschaftlichen Bewegung wurzelt. Kurzum, dieses Prinzip verkündet, daß in Amerika eine bona fide politische Bewegung des Sozialismus nur der Reflex einer gleichfalls bona fide, das heißt einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung sein könne.

Das andere Prinzip besagt, die politische Bewegung habe mit der wirtschaftlichen nichts gemein, selbst wenn dies der Fall sein könnte, und keine Gemeinschaft haben kann, selbst wenn sie dies wollte. Sie verkündet eine „Neutralität" gegenüber den Gewerkschaften und erblickt im Unionismus bloß eine Übergangserscheinung."[1]

Dieses zweifache Gewerkschaftsprinzip trennt die amerikanische Arbeiterschaft auch in politischer Hinsicht in zwei Gruppen und spaltet sie in zwei Parteien. Die eine, die Socialist Party glaubt, sie könnte die bestehenden konservativen Gewerkschaften mit einem revolutionären Inhalt erfüllen. Die andere, die Socialist Labor Party trachtet danach, daß neue, auf der Basis des Klassenkampfes stehenden wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen die stagnierende amerikanische Arbeiterbewegung auffrischen.[2]

Dieses Bedürfnis rief den industriellen Unionismus ins Leben.

Im Jahre 1905 organisierten die unzufriedenen, radikalen Elemente des Amerikanischen Arbeiterbundes und die Mitglieder der durch die vielen Streitigkeiten sehr geschwächten Sozialistischen Gewerkschafts- und Arbeiteralliance in Chicago einen Verband unter dem Namen: Industrial Workers of the World (Industrielle Arbeiter der Welt).

Diese Organisation brachte ein bemerkenswertes Novum in die sozialistische Bewegung der Vereinigten Staaten. Nicht

[1] S. den Bericht der Sozialistischen Arbeiterpartei zum internationalen Sozialistenkongreß, welcher im Jahre 1907 in Stuttgart abgehalten worden ist.

[2] Über die Bestrebungen, die zwei Parteien zu vereinigen. S. Nachtrag S. 61.

allein dadurch, daß sie nunmehr den proletarischen Klassenkampf ganz unzweideutig und in viel klarerer Form, als dies selbst die Socialist Trade and Labor Alliance tat, verkündet, sondern daß sie sowohl das Endziel, wie hauptsächlich das Mittel dieses Kampfes unter wesentlich neuen Gesichtspunkten beleuchtet. In ihrer Prinzipienerklärung heißt es:

„Die Arbeiterklasse und die Arbeitgeberklasse haben nichts mit einander gemein. Zwischen diesen beiden Klassen muß ein Kampf toben, bis alle Arbeiter auf politischem sowohl als auch auf industriellem Felde sich vereinigen und in Besitz nehmen und halten, was sie durch ihre Arbeit produzieren, und zwar durch eine ökonomische Organisation der Arbeiterklasse ohne Verbindung mit irgendeiner politischen Partei."

Diese „Ökonomische Organisation der Arbeiterklasse" ist aber nicht mehr die Gewerkschaft. Die Gründer des Verbandes der „Industriellen Arbeiter der Welt" gelangten zu der Erkenntnis, daß „die Arbeiter nicht mehr jener Unterschiede gemäß klassifiziert werden, welche ihre Fachkenntnisse zeigen, sondern nach den Maschinen, an welche sie gebunden sind". Die universaleren Tendenzen der Arbeiterklasse erfordern aber eine Organisationsform, welche die gesamte wirtschaftliche Arbeiterbewegung in einer großen industriellen Einheit zusammenfaßt und obwohl sie sonst den politischen Kampf für notwendig erachtet, vermeidet sie dennoch, eben im Interesse dieser universalen Bestrebungen — jegliche Verbindung mit den lokalen oder nationalen Parteigruppierungen.

Hinsichtlich der Organisationsform der Industrial Workers of the World, trachtet diese die voraussichtliche Struktur der sozialistischen Gesellschaft herzustellen und die Arbeiterschaft in jenen Gruppen der industriellen Gebiete zusammenzufassen, welche die Arbeiter in der Arbeitsadministration der kooperativen Republik befolgen dürften. Demgemäß gliedert sich die ganze Organisation in 13 Klassen, welche zusammen das ganze moderne industrielle Leben bilden und diese Unterabteilungen sind die Verbände eng verwandter Industrie-

zweige. Die kleinste Einheit einer industriellen Union ist eine Organisation, welche die Angestellten einer Werkstatt, Fabrik, Wirtschaft, Meierei, Verkehrslinie etc. zusammenfaßt, die Arbeiter verschiedener Fabriken oder Niederlassungen etc. ein und desselben Industriezweiges bilden eine industrielle Organisation.

In bezug auf die Kampfesmittel des industriellen Unionismus, stellt dieser her und befestigt die wirksamste, aber durch den Trade-Unionismus diskreditierte Waffe der Arbeiterschaft: den Streik, mit welchem er ihre Interessen wahren zu können glaubt, „jedoch nur mit Hilfe einer Organisation, welche so gestaltet ist, daß sämtliche Mitglieder eines Industriezweiges, oder im Notfalle die Mitglieder aller Industriezweige die Arbeit einstellen, sobald sich ein Streik oder eine Aussperrung in einem der Betriebe ereignet und so die Injurie, welche an einem begangen wird, zur Injurie aller wird".

Dennoch erachtet der industrielle Unionismus als seine letzte Waffe nicht den Generalstreik, sondern die Generalaussperrung. Da er sich das Ziel steckt, daß die Arbeiterklasse „die Produktionsmittel nehme und halte" und die Leitung der Produktion der Nation übernehme, ergibt sich dieses Mittel für ihn von selbst.

„Die vollständige industrielle Organisation der Arbeiterklasse wird dann einen friedlichen Ausgang des Kampfes gesichert haben." Sollte sich aber der Kapitalismus widersetzen, „würde die Arbeiterklasse im Besitze der Macht, wie sie in der industriellen Organisation ihrer Klasse liegt und von ihr verliehen wird, die Kapitalistenklasse aus der Produktion sofort ausschließen.

Ohne politische Organisation kann die Arbeiterbewegung nicht triumphieren, ohne ökonomische Organisation würde der Tag ihres politischen Sieges, der Tag ihrer Niederlage sein."[1]

Durch die neuen Auffassungen über Ziele und Mittel, die der industrielle Unionismus in den amerikanischen Sozialismus einführte, unterscheidet sich letzterer auch vom europäischen.

[1] De Leon in seinem Vortrage über die grundlegenden Prinzipien der Industrial Workers of the World.

Der industrielle Unionismus und seine Lehren sind wesentlich verschieden vom europäischen Syndikalismus, denn wenngleich der industrielle Unionismus und sein politischer Reflex die sozialistische Arbeiterpartei dem Parlamentarismus nur eine sekundäre Bedeutung einräumen, verläugnet er ihn doch nicht völlig, wie dies die europäischen Syndikalisten tun.

Andererseits wies aber der industrielle Unionismus auch nach, daß „die politische Diktatur der Arbeiterklasse" das bewußte Endziel der europäischen und namentlich der deutschen Sozialdemokratie und sein Hauptmittel, die parlamentarische Tätigkeit ohne einer ökonomischen Organisation der Arbeiterklasse, statt ihren politischen Sieg mit sich zu bringen, ihre Niederlage mit sich bringen würde.

Der industrielle Unionismus lehrte, daß es bei dem hochentwickelten amerikanischen Kapitalismus nicht mehr not tut, den Übergang zum Kapitalismus durch eine demokratische Politik anzubahnen, wie dies in den europäischen Ländern die feudalen Überreste begründen mögen. In Amerika bedeute jegliche Übergangspolitik nur die Verschleppung des bevorstehenden letzten Kampfes. Deswegen sei auch eine sozialdemokratische Partei — im europäischen Sinne des Wortes —, die nur auf ihr Übergangsprogramm bedacht ist und der es auf eine große Stimmenzahl bei Wahlen ankommt, wie etwa der Socialist Party, durchaus verfehlt. Er bekämpfte deswegen letztere ebenso heftig, wie es die Socialist Labor Party tut.

Wenn auch der Organisation der Industrial Workers of the World bisher keine erfolgsame Wirksamkeit beschieden war, so ist ihr Prinzip, der industrielle Unionismus und seine revolutionären Forderungen durchaus nicht wirkungslos gewesen. Er hat ein wesentliches dazu beigetragen, daß die amerikanische Arbeiterschaft dem reformatorischen Sozialismus weniger Vertrauen entgegenzubringen anfängt, als den revolutionären. Dies äußert sich deutlich in der gegenwärtigen Krise der Socialist Party.

Somit sind wir bei der Gegenwart des amerikanischen Sozialismus angelangt.

Letztere ist viel zu zerrissen, als daß über sie ein einheitliches Bild gegeben, oder eine Zukunftsperspektive hergestellt werden könnte. Wenn man jedoch beobachtet, wie der sozialistische Gedanke sich in dem öffentlichen Leben der Vereinigten Staaten allmählig verbreitet, wie er in der Kirche, an den Universitäten, in Kunst und Literatur um sich greift, kann man nicht umhin, dem Prognostikon Sombarts beizupflichten und anzuerkennen, daß alle Momente, die bis heute die Entwicklung des Sozialismus in den Vereinigten Staaten aufgehalten haben, im Begriffe sind zu verschwinden oder in ihr Gegenteil verkehrt zu werden, so daß infolgedessen der Sozialismus in der Union im nächsten Menschenalter aller Voraussicht nach zu vollster Blüte gelangen wird.

NACHTRAG.

Dokumentarische Belege zur Entwicklungsgeschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.

I.

Die revolutionären Ereignisse am Haymarket Square in offizieller Beleuchtung.

Am 26. Juni 1893 unterzeichnete John P. Altgeld Gouverneur des Staates Illinois das Begnadigungsedikt, welches Samuel Fielden, Oskar Neebe und Michael Schwab nach sechsjähriger Kerkerhaft die Freiheit zurückgab. Bald darauf wurde die ausführliche Begründung dieses Begnadigungsaktes unter dem Titel „Reasons for pardoning Fielden, Neebe and Schwab by John P. Altgeld, Governor of Illinois" veröffentlicht. Diese Schrift hat neben ihrem allgemeinen kulturhistorischen Wert jene besondere Bedeutung, daß sie auf eine bewegte Zeit der revolutionären Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten in absolut zuverlässiger Weise ein klares Licht wirft. Besonders wertvoll für den Historiker ist die, der eigentlichen Motivation vorangehende, kurze summarische Feststellung der Ereignisse am Haymarket Square. Dieser offizielle Bericht lautet folgendermaßen:

„On the night of May 4, 1886, a public meeting was held on Haymarket Square in Chicago; there were from 800 to 1000 people present, nearly all being laboring men. There had been trouble, growing out of the effort to introduce an eight-hour day, resulting in some collisions with the police, in one of

which several laboring people were killed, and this meeting was called as a protest against alleged police brutality.

The meeting was orderly and was attended by the mayor, who remained until the crowd began to disperse and then went away. As soon as Capt. John Bonfield, of the police department, learned that the mayor had gone, he took a detachment of police and hurried to the meeting for the purpose of dispersing the few that remained, and as the police approached the place of meeting a bomb was thrown by some unk nown person, which exploded and wounded many and killed several policemen, among the latter being one Mathias Degan. A number of people were arrested and after a time August Spies, Albert R. Parsons, Louis Lingg, Michael Schwab, Samuel Fielden, George Engle, Adolph Fischer and Oscar Neebe were indicted for the murder of Mathias Degan. The prosecution could not discover who had thrown the bomb and could not bring the really guilty man to justice, and, as some of the men indicted were not at the Haymarket meeting and had nothing to do with it, the prosecution was forced to proceed on the theory that the men indicted were guilty of murder because it was claimed they had at various times in the past uttered and printed incendiary and seditious language, practically advising the killing of policemen, of Pinkerton men and others acting in that capacity, and that they were therefore responsible for the murder of Mathias Degan. The public was greatly excited and after a prolonged trial all of the defendants were found guilty; Oscar Neebe was sentenced to fifteen years imprisonment and all of the other defendants were sentenced to be hanged. The case was carried to the supreme court and was there affirmed in the fall of 1887. Soon thereafter Lingg committed suicide. The sentence of Fielden and Schwab was committed to imprisonment for life and Parsons, Fischer, Engle and Spies were hanged, and the petitioner now ask to have Neebe, Fielden and Schwab set at liberty.

The several thousand merchants, bankers, judges, lawyers and other prominent citizens of Chicago who have by petition, by letter and in other ways urged executive clemency, mostly

base their appeal on the ground that, assuming the prisoners to be guilty, they have been punished enough, but a number of them who have examined the case more carefully, and are more familiar with the record and with the facts disclosed by the papers on file, base their appeal on entirely different grounds. They assert,

First — That the jury which tried the case was a packed jury selected to convict.

Second — That according to the law as laid down by the supreme court, both prior to and again since the trial of this case, the jurors, according to their own answers, were not competent jurors and the trial was therefore not a legal trial.

Third — That the defendants were not proven to be guilty of the crime charged in the indictment.

Fourth — That as to the defendant Neebe the state's attorney had declared at the close of the evidence that there was no case against him, and yet be has been kept in prison all these years.

Fifth — That the trial judge was either so prejudiced against the defendants, or else so determined to win the applause of a certain class in the community that he could not and did not grant a fair trial.

Upon the question of having been punished enough I will simply say that if the defendants had a fair trial, and nothing has developed since to show that they are not guilty of the crime charged in the indictment, then there ought to be no executive interference, for no punishment under our laws could then be too severe. Government must defend itself; life and property must be protected and law and order must be maintained; murder must be punished, and if the defentants are guilty of murder, either committed with their own hands or by some one else acting on their advice, then, if they have had a fair trial, there should be in this case no executive interference. The soil of America is not adapted for the growth of anarchy. While our institutions are not free from injustice, they are still the best that have yet been devised, and therefore must be maintained."

Das Begnadigungsdekret Altgelds behandelt nun die erwähnten fünf Punkte in fünf besonderen Kapiteln und das Ergebnis seiner Untersuchungen veranlaßt ihn „to grant an absolute pardon to Samuel Fielden, Oscar Neebe and Michael Schwab . . .“

Bezüglich der ersten Beschwerde, daß nämlich parteiische Geschworene zusammengebracht worden sind, erklärt Altgeld: „The record of the trial shows that the jury in this case was not drawn in the manner that juries usually are drawn; that is, instead of having a number of names drawn out of a box that contained many hundred names, as the law contemplates shall be done in order to insure a fair jury and give neither side the advantage, the trial judge appointed one, Henry L. Ryce as a special bailiff to go out and summon such men as he, Ryce, might select to act as jurors . . .“

Wie dieser Mr. Ryce sein Amt verrichtet hat, geht aus jener nachgewiesenen Tatsache hervor,

„. . . that he boasted while selecting jurors that he was managing this case; that these fellows would hang as certain as death; that he was calling such men as the defendants would have to challenge peremptorily and waste their challenges on, and that when their challenges were exhausted they would have to take such men as the prosecution wanted.“

Schon diese Tatsachen allein — bemerkt Altgeld — würden eine Einmischung der Exekutive in diese Angelegenheit rechtfertigen, noch vielmehr berechtigt läßt aber diese, die im zweiten Kapitel nachgewiesene Tatsache erscheinen, daß die Geschworenen, laut einer in analogem Falle ausgesprochenen Entscheidung des Obergerichtes für die Beurteilung der Angelegenheit nicht kompetent waren.

Ebenso erbringt Altgeld den Nachweis dessen, daß die Schuld, die den Angeklagten zur Last gelegt worden ist, durch nichts bewiesen wurde. Er zeigt vielmehr, daß lediglich Hauptmann der Polizei, Bonfield, für den Tod des Polizisten verantwortlich sei.

„The evidence shows — so führt er aus — there were only 800 to 1000 people present, and that it was a peaceable and

orderly meeting; that the mayor of the city was present and saw nothing out of the way and that he remained until the crowd began to disperse, the meeting being practically over, and the crowd engaged in dispersing when he left; that had the police remained away for twenty minutes more there would have been nobody left there, but that as soon as Bonfield learned that the mayor had left he could not resist the temptation to have some more people clubbed and went up with a detachment of police to disperse the meeting, and that on the appearance of the police the bomb was thrown by some unknown person and several innocent and faithful officers, who were simply obeying an uncalled for order of their superior, were killed; all of these facts tend tho show the impropability of the theory of the prosecution that the bomb was thrown as the result of a conspiracy on the part of the defendants to commit murder; if the theory of the prosecution were correct there would have been many bombs thrown; and the fact that only one was thrown shows that it was an act of personal revenge."

Die weiteren zwei Beschwerden behandelt die Begnadigungsschrift nur ganz kurz, da diese mehr persönlicher Natur sind. Dennoch zeigen auch diese Ausführungen deutlich, daß es sich, wie die Petition richtig feststellt, den Behörden bei der Verhandlung dieses Prozesses in hohem Maße darum handelte, „die Anerkennung gewisser Klassen zu gewinnen".

II.

Die politischen Forderungen der Sozialistischen Arbeiterpartei (Socialistic Labor Party).

Demands.[1]

First. Entire revision of the United States Constitution so as to institute direct popular legislation, and enable the people to propose or reject any law at their will, and thus secure self-government.

[1] Der ursprünglichen, unveränderten „Platform" der Partei entnommen.

Second. The right of suffrage shall in no wise be abridged.

Third. Political equality before the law, of all citizens, without regard to creed, race or sex.

Fourth. The establishment of a national ministry of labor.

Fifth. All conspiracy laws operating against the rights of workingmen must be repealed.

Sixth. Congress shall provide for the immediate creation of a national bureau of labor statistics.

Seventh. The rigid enforcement of the eight hour law in all national public works. We also demand an amendment to the Constitution of the United States declaring eight hours a legal work day in all industrial employments.

Eight. All uncultivated lands shall be taxed equally with cultivated lands in the same locality.

Ninth. The government alone shall issue all money, and such right should not be delegated to any banking or private corporation.

The Socialistic Labor Party struggles to carry out the following measures in those States where they are not non in law:

First. State bureaux of labor statistics.

Second. Eight hours as a legal working day, and strict punishment of all violators.

Third. Abolition of the system of hiring out by contract the labor of convicts in prisons and reformatory institutions.

Fourth. Strict laws making employers liable for all accidents resulting from their negligence to the injury of their employes.

Fifth. Entire legal restriction of the labor of children under fourteen years of age.

Sixth. Universal compulsory education; all schooling material to be furnished at public expense.

Seventh. Factory, mine and workshop inspection, and sanitary supervision of all food and dwellings.

Eight. All wages shall be paid in the legal tender of the land, and violations of this law must be punished.

Ninth. All ballots to be printed by town and city governments. Ballots containing the names of all candidates for public office to be sent to all voters two days before each election, and all election days to be legal holidays.

Tenth. All property, whether used for religions or secular purposes, to bear its just proportion of taxation.

Die Begründung der Umänderung dieser „Platform" gab Sanial am zehnten Nationalen Kongreß der Sozialistischen Arbeiterpartei in 1900.[1] Er sagte daselbst:

„The old parties very properly have planks, as they are called, for one good reason; the fundamental principles of capitalism cannot be in question or debate among them. Capitalism exists, is established, and therefore what properly comes before them is any question bronght about by a development of capitalism itself. Therefore, such questions as money, protection or free trade, taxation and so forth, are properly the subject of „planks" in the platforms of capitalist parties. But the Socialist Labor Party has only one great principle and one great plank: the abolition of the wage system and the establishment of the co-operative system of production on a Socialist basis, that is, through the public ownership of all the means of production, distribution and transportation."

III.

Beiträge zur Geschichte der Vereinigungsbestrebungen der sozialistischen Parteien der Vereinigten Staaten.

Die in zwei politische Parteien gesplitterten Sozialisten Amerikas haben des öfteren den Wunsch geäußert, die Gegensätze, welche die Parteien von einander scheiden, zu überbrücken und dadurch eine einheitliche Bewegung zustande zu bringen. Von großer Bedeutung in dieser Hinsicht ist die Konferenz, welche im Jahre 1905/6 von den Vertretern beider Parteien des Staates Newjersey abgehalten

[1] S. Proceedings of the tenth National Convention of the S. L. P. New York, Labor News Co. N. Y., pag. 86.

worden ist. Die gegensätzlichen Prinzipien wurden hier objektiv und vorurteilsfrei beleuchtet, während die gefaßten Beschlüsse einer Verständigung mächtig entgegenarbeiteten. Diese Klärung der Gegensätze, wie sie im „Manifest" und in den „Resolutionen" der Konferenz zum Vorschein kommt, macht diese Konferenz zu einem historischen Ereignis im Leben des Sozialismus in den Vereinigten Staaten und die aufbewahrten Protokolle der Verhandlungen[1] zu historischen Dokumenten.

Das erwähnte Manifest lautet wie folgt:

(Manifesto. Adopted by the New Jersey Socialist Conference at Newark, N. J., March 4, 1906.)

*

The Conference of representatives of the Socialist Party and the Socialist Labor Party, of New Jersey, elected by a general vote of the membership of the Socialist Party and the Socialist Labor Party of the State, upon the initiative of the Socialist Party, to consider the causes of the division between the two camps, and ascertain, if possible, whether solid ground could be found for a union of the militant Socialist forces of the State, and thereby of the land, hereby makes its joint report to its two respective constituencies.

*

We are happy to say that our conclusions have been unanimonsly arrived at, in many instances, and in all others by virtual unanimity.

It did not take the Conference long to be one as to the essential reasons for the present deplorable division, consequently, it was no difficult matter to be ultimately agreed upon the essentials for the solid foundations for a united political Socialist movement.

[1] Erschienen unter dem Titel Proceedings of New Jersey Socialist Unity Conference Including the Manifesto. As adopted and authorized for publication by the Conference.

We found that this foundation turned up two points first, the proper attitude for a political party of Socialism to assume toward the burning question of trades unionism, and, second, the proper attitude for a political party of Socialism to assume toward the ownership of its press, the voice of the movement.

Unionism.

As to the first, the Conference holds (as the subjoined resolutions I., II. and III. set forth in detail) that, without the political movement is backed by a class-conscions, that is, a properly constructed economic organisation, ready to take and hold and conduct the productive powers of the land, and thereby ready and able to enforce if need be, and when need be, the fiat of the Socialist ballot of the working class that without such a body in existence, the Socialist political movement will be but a flash in the pan, succesfull, at best, in affording political preferment to scheming intellectuals, and thereby powerful only to attract such elements. On this specific head the Conference moreover holds, that a political party of Socialism which marches to the polls unarmed by such a properly constructed economic organization, but invites a catastrophe over the land in the measure that it strains for political success, and in the measure that it achieves it. It must be an obvious fact to all serious observers of the times, that the day of the political success of such a party in America, would be the day of its defeat, immediately, followed by an industrial and financial crisis, from which none would suffer more than the working class itself.

The Conference holds, that for the Socialist political movement to favor A. F. of L. (Abkürzung der American Federation of Labor) craft unionism is to bluntly deny Socialist principles and aims, for no matter how vigorously the A. F. of L. may cry „Organize! Organize!“ in practice it seeks to keep the unorganized, the overwhelming majority of the working class, out of the organization. The facts can easily be proved to a candid world. High initiation fees, limitation of apprentices, cornering the jobs for the few whom they admit into the organization,

are but a few of the methods used to discourage organization, which results, not only in lack of organization, but by the craft form of what organisation they do have, they isolate the workers into groups, which, left to fight for themselves in time of conflict, become the easy prey of the capitalists. On the other hand, the readiness with which certain portions of the exploiting class force their victims to join the A. F. of L. is sufficient condemnation of the organization.

By its own declarations and facts, the A. F. of L. shows that it accepts wage slavery as a finality; and, holding that there is identity of interest between employer and employee, the A. F. of L. follows it out by gladly accepting the vice-presidency of the Belmont Civic Federation for its president, Gompers, thus allying itself with an organization fathered by the capitalist class for the purpose of blurring the class struggle, and for prolonging the present system which is cornered upon the exploitation of labor.

For these reasons the Conference concludes that it is the duty of a political party of Socialism to promote the organization of a properly constructed union, both by elucidating the virtues of such a union and by exposing the vices of craft unionism. Consequently, and as a closing conclusion on this head, it rejects as impracticable, vicious, and productive only of corruption, the theory of neutrality on the economic field. The Conference, true to these views, condemns the A. F. of L. as an obstacle to the emancipation of the working class.

Holding that the political power flows from and is a result of economic power, and that the capitalist is entrenched in the government as the result of his industrial power, the Conference commends as useful to the emancipation of the working class, the Industrial Workers of the World, which instead of running away from the class struggle, bases itself squarely upon it, and boldly and correctly sets out the Socialist principle „that the working class and the employing class have nothing in common“ and that „the working class must come together on the political as well as on the industrial field, to take and hold that which they produce by their labor.“

Party press.

As to the second, the question of the proper attitude for a political party of Socialism to assume toward the ownership of its press, and literary agencies, the Conference holds (as the subjoined resolutions IV., V., VI., VII. set forth in detail) that the revolutionary movement of the working class must have its press. A condition of things that would justify some to maintain that the political party of Socialism has no press, and others to maintain with equal sincerity that it has, is incompatible with that oneness of opinion on essentials that must typify the political party of Socialism. The press and literary agencies are the most powerful weapons of the party. Past and present experience prove that the party but invites annoyance, if not ultimate discomfiture, by allowing its press and literary-agencies to be owned, whatever the guise of such ownership may be, in such manner that any one person or set of persons may retain propietorship after, whetter it be in the party's wisdom or folly, such person, or set of persons, have been thrown out of the party organization.

The party's press and literary agencies must be the party's property. The party itself, and not any one person, or set of persons, however admirable they may be, must have the sole and absolute jurisdiction over the management and contents of the party press and literary agencies. The editors and administrators of the party's press and literary agencies must be the appointees exclusively of the party itself; and their removal must rest with the party only, and must be effective irrespective of any other one person or set of persons. The party itself must be the supreme tribunal that shall pass upon the contents of its press and literature. A democratic organization, of such numbers as a political party of Socialism implies, recognizes the necessity of order with freedom and of freedom with order. The officials placed immediately in charge of the party's press and literary agencies must feel responsible and dependent upon the party only. Their high office of trust clothes them with a necessary, but only preliminary authority. Above them in supreme

authority must the party be, with its membership reachable upon all subjects, and with power to utter its final decree.

Short of all this, all of which flows from the party's direct ownership, the party's press and literary agencies are a perpetual threat to the party's welfare, being a perpetual threat to that fulness of information and that civilized right of free speech without which no organization can weather the revolutionary storm.

True to these views, the Conference condemns the private ownership as harmful and commends the rigid party ownership as indispensable to the party safety.

Discipline.

In a political party of Socialism the word discipline has its two-fold application. First, the discipline of obedience to facts, and obedience to the rules and regulations that the facts prescribe for the realization of the Socialist aim. This is the discipline of education. It is not, nor can it be, produced by party legislation. It is the product of correct training. Necessary to it are unity of purpose, unity of method. The Socialist movement cannot be all things to all men; it can be only one thing, and to only one class — the working class.

Second, discipline also implies the power of the party to visit, with censure or expulsion as punishments, infractions or offences against the party's rules or principles. Rigid adherence to party principle and tactics being necessary to Socialist success, transgressions against the party must be met with punishment according to the gravity of the offence. Membership in the party being voluntary, and the discipline being self-imposed, he who subscribes to the party's ethics does so, not as one yielding submission to imposed authority, but as one bowing to the necessity and desire of maintaining strict adherence to principle and for orderly government in party affairs.

Discipline in this, its two-fold application, is a recognition that knowledge is power and that in union is strength.

*

Having closed its labors by setting forth the causes of the separation of the Socialist forces of the State of New Jersey, and of the nation, and by setting forth the solid ground upon which the militant Socialists of New Jersey, and of the nation, can unite into one solid army for working class emancipation, this conference hands its findings to its two respective constituencies with a firm reliance that good sense and judgment, will mark the deliberations of both. The Conference relies upon it, that a due appreciation of the great and far reaching consequences to the Labor movement, will animate both its constituencies; and that, ispired by such sentiments, and realizing that his act, in voting upon these important measures, will have far reaching effect upon our common goal, the overthrow of capitalist domination, each of our members will weigh well and consider the recommendations herein made, and then cast his vote honestly, fearlessly and conscientiously.

With Socialist greeting, fraternally

New Jersey Socialist Conference.

Resolutions.

I.

Resolved, That the Socialist political movement of the working class cannot remain neutral to the organized effort of the working class to better their economic conditions on class-conscions, revolutionary lines.

II.

Resolved, That the A. F. of L. form of organization and its principles are an obstacle to working class emancipation.

III.

Resolved, That the Conference places itself on record as recognizing the usefulness of the Industrial Workers of the World to the proletarian movement, that is, to the Socialist movement.

IV.

Resolved, That this Conference places itself on record as being opposed to all privately owned papers espousing the cause of labor, i. e. the Socialist cause.

V.

Resolved, That this Conference places itself on record as looking upon all papers as privately owned, the property of which is not vested directly in the party through a committee or source designated by the party for such purpose.

VI.

Resolved, That this Conference places itself on record as recognizing that the Socialist movement cannot control a privately owned press. That privately owned Socialist papers cannot be controlled by the true proletarian political movement, i. e. the Socialist movement. But that, contrarily, such privately, owned papers tend to control the movement.

VII.

Resolved, This conference places itself on record with the following, as embodying, what in its judgment, constitutes and is essential to party ownership of the Socialist press: Resolved, That a party owned press is a press all the property of which is vested in the party national organization as an unincorporated body. Over a party owned press no one, who is not a member of the party, can exercise any control directly or indirectly, whether in editorial, reportorial or administrative capacity; and over which none who ceases to be a member of the party can retain such control. We consider it essential to the safeguarding and purity of the party ownership of the press, that no member is free to start a political paper whithout previous sanction from the highest national executive body of the party, nor to own any share in any privately owued political paper.

VIII.

Resolved, That this conference places itself on record as being opposed tho the form of organization commonly called state autonomy, now in vogue in the Socialist Party.

IX.

Whereas, It is evident that the capitalists are throroughly organized as a class, for the one purpose of exploiting the

working class. This organization positively implies the further and ever further subjugation of the class that produces all wealth by the processes inherent in and inseparable from the capitalist mode of production, and tends to equalize the Caucasian working man with the Chinese coolie; and whereas, The capitalist organizations, both economic and political, bow down to a rigid discipline for this purpose solely; therefore be it.

Resolved, By this unity conference that in view of the foregoing facts, it becomes self-evident that workingmen organized in either economic or politicae organizations must also bow down to a rigid self-imposed discipline with eyes forever fixed upon the opposite goal, that is, the complete emancipation of the working class by the overthrow of all the master classes.

X.

Resolved, That in the event of the findings of this Conference being approved by the S. P. and the S. L. P. in the State of New Jersey, steps be taken to bring about a national conference between the two organizations, in order to bring about unity on a national basis; and we the delegates here assembled pledge ourselves to take the necessary steps, immediately, on the acceptance of the basis of unity by our respective state organizations, calling upon our national organizations to issue the necessary referendums.

Doch schienen die Gegensätze, welche die zwei Parteien hinsichtlich ihrer Gewerkschaftstaktik und ihrer Auffassung bezüglich Parteipresse und Disziplin trennten, unüberbrückbar. In den Vereinigungsbestrebungen ist ein Stillstand eingetreten. Erst nach dem Stuttgarter internationalen Kongreß wurden, mit Rücksicht auf den Beschluß dieses Kongresses über die Beziehungen von Partei und Gewerkschaft, die Verhandlungen wieder aufgenommen. Diesmal ging die Initiative vom Nationalen Exekutivkomitee der Socialist Labor Party aus, welches am 6. Januar 1908 folgenden Beschluß faßte:

Whereas, The International Socialist Congress, held in Amsterdam in 1904, adopted under the title of „Unity of the Party“ the following resolution:

„The Congress declares:

„In order to give to the Working Class all its force in its struggle against Capitalism, it is indispensable that in each country there should be but one Socialist party against the Capitalist parties, just as there is but one proletariat.

„Therefore, all comrades and all factions and organizations which claim to be Socialist have the imperative duty to do all in their power to bring about Socialist Unity on the basis of the principles established by the International Congresses and in the interest of the International proletariat, to whom they are responsible for the disastrous consequences of the continuation of their divisions.

„To help reach this aim, the International Bureau and all parties of Nationalities where Unity exists place themselves at their disposal and offer their good services."

Whereas, After this call was issued the various warring factions in the Socialist Movement of France — the Socialist Party of France, the French Socialist Party, the Revolutionary Socialist Labor Party and four Independent Socialist Federations of different parts of France — after some preliminary work of a Unity Conference, met in a joint Unity Convention in Paris and established, the present Socialist Party (French Section of the Workers International); and, likewise, the warring factions in the Social Democratic Movement in Russia the „majority" and „minority" factions of the Russian Social Democratic Labor Party and the General Jewish Labor Union of Russia, Poland and Lithuania (The Bund) met in a joint Convention in 1906 at Stockholm, and organized the united Russian Social Democratic Labor Party; and

Whereas, The experience of the Socialists of the above two countries, as well as that of other countries, where a united and developed party of Socialism exists, demonstrates — first, the possibility for all Socialists, recognizing the principles and decisions of the International Socialist Congress, to present with immensely increased effect a united solid front against the common enemy, the Capitalist, and to address a united, harmonius appeal to the Working Class which is so much more

responsive when confusion, distrust and demoralization, created by internal strife and division in the Socialist camp are eliminated; and, second — it demonstrates the possibility of such cooperation based upon the recognition of the right of minority divisions of a United Party, to advocate their particular views through their own publications, and their own minority delegates to National Conventions and International Congresses; and,

Whereas, The necessity for a United Socialist Movement in America is ever more keenly felt, and the demands for it are ever more persistently and insistently voiced by the most active workers, the rank and file of both parties; and,

Whereas, The decisions of the recent International Socialist Congress, held at Stuttgart — both upon the matter of emmigration which recognizes the soundness of the Marxian motto for the Working Class, „Proletarians of all Countries Unite!" and, even upon the vital question of Unionism, which, while the Congress has not yet taken the advanced Industrialist position, does take a position that clearly rejects the principles that the economic organization is a „transitory affair", accordingly a position that holds that the economic organization is something more than simply a recruiting ground for votes and funds, but is essential to the revolutionary act of the proletariat, in so far as they affect the issues of the American Movement, of a character to present a more acceptable common working basis for the two parties; and in view also of the greater necessity for unhindered constructive Socialist work and greater opportunity for it furnished by the spreading of the present industrial crisis in America; therefore, be it

Resolved, That we, the National Executive Committee of the Socialist Labor Party, in semi-annual session assembled, desiring to free the Socialist Labor Party in the eyes of the Working Class of America and of the International Proletariat, of its seeming share of responsibility for the divided, demoralized and retarded state of the Movement in this country, hereby take the initiative toward remedying such conditions, by electing a committee of seven members and inviting the National Headquarters of the Socialist Party to elect a committee of like num-

ber to a National Socialist Unity Conference, to meet not later than the third week of the month of March of this year, in order to consider whether Unity of the two parties of Socialism in America is possible, and on what special basis; and be it further

Resolved, That if such conference takes place and succeeds in agreeing on conditions for uniting the two parties, such decisions of the Conference be immediately submitted to a general vote of the membership of both parties for approval, and the date for the closing of such vote be such, that, in the event of the vote being in favor of the proposed basis of unity, steps be immediately taken that one joint National Convention, instead of two separate ones, be held to adopt — on behalf of the United Party and in conformity with the Unity basis accepted by general vote — a platform, constitution and resolutions, and nominate candidates, etc., and finally

Resolved, That copies of these resolutions be sent to the National Headquarters of the Socialist Party of America, the International Socialist Bureau an Brussels, and the leading Socialist and Labor publications in the United States and other countries.

Die Wünsche jedoch, denen diese Resolution Ausdruck gibt, gingen nicht Erfüllung. Die Sozialistische Partei stellte sich auf den Standpunkt, daß die einzig logische Lösung der Vereinigungsfrage die sei, daß die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei, als Einzelmitglieder in die Sozialistische Partei eintreten, womit die Verschmelzung auf die einfachste Art vollzogen wird. Da die Mitglieder der Socialist Labor Party auf diesen Vorschlag nicht eingingen, ist die langwierige Angelegenheit abermals in Stockung geraten.

LITERATUR.

Zu Kapitel I.

1.

Daniel De Leon: Die sozialistische Bewegung in Amerika. (Artikel, erschienen im ungarischen sozialistischen Almanach.) Newyork, 1908. Népakarat.

Richard T. Ely: Recent American Socialism. Baltimore, 1885. The Johns Hopkins Press.

Nicholas Paine Gilman: Socialism and the American spirit. Houghton Mifflin & Co., Boston, 1893.

Charles Richmond Henderson: The social spirit in America. Chicago, Scott Foresman & Co., 1908.

Morris Hillquit: Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Dietz, Stuttgart, 1906.

P. E. Levasseur: The American Workmen. Baltimore, The Johns Hopkins Press, 1900.

Harry Earl Montgomery: Vital American Problems. New York, G. P. Putnam & Sons, 1908.

Theodore Roosevelt: American Ideals and other Essays. G. P. Putnam & Sons. New York, 1901.

Werner Sombart: Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Mohr, Tübingen, 1907.

John Spargo: The commonsense of Socialism, Chicago, Kerr & Co., 1908.

2.

Katharine Coman: The industrial history of the United States. New York, Macmillan, 1905.

Paul Darmstaedter: Die Vereinigten Staaten von Amerika. Leipzig, Quelle & Mayer, 1908.

Daniel De Leon: The Preamble of the I. W. W. New York, Labor News Company, 1907.

Justus Ebert: American Industrial Evolution. New York, Labor News Company.

Richard T. Ely: Studies in the evolution of industrial Society, New York, The Macmillan Co., 1903.
Upton Sinclair: The Industrial Republic. New York, Doubledav, Page & Co., 1908.

3.

Thomas Sewall Adams: Labor problems. New York, The Macmillan Co., 1905.
John Bates Clark: The problem of monopoly. New York, Columbia University Press, 1904.
W. Collière: The trusts. New York, Baker & Taylor, 1900.
Richard T. Ely: Monopolies and trusts. New York, Macmillan, 1900.
F. B. Kirkbridge: The modern trust Company. Sterrett, New York, 1905.
John Moody: The truth about the trusts. New York, Moody Co., 1904.
John P. Peters: Labor and capital, New York, Putnam & Sons 1902.
Charles Edward Russel: The greatest trust in the world. New York, Ridgway-Thayer Co., 1905.

4.

As to Politics. A discussion. New York, Labor News Company, 1907.
John Graham Brooks: The conflict between private monopoly and good citizenship. Boston, Mifflin, 1909.
Charles Wm. Eliot: The future of trade unionism and capitalism in a democracy. New York, Putnam, 1910.
Henry George jr.: The Menace of Privilege. New York, The Macmillan Co., 1905.
W. J. Ghent: Our benevolent feudalism. New York, Macmillan, 1902.
Florence Kelley: Some ethical gains through legislation. New York, Macmillan, 1905.
Wm. Franklin Willoughby: State activities in relation to labor in the United States of America. Baltimore, Johns Hopkins Press, 1901.

Zu Kapitel II.

Bliss: The Encyclopedia of Social Reform.
Robert C. Brooks: Corruption in American politics and life. New York, Dodd, Mead, 1910.
James Bryce: The American Commonwealth 3. ed. New York, Macmillan, 1908.
James Bryce: The hindrances to good citizenship. New Haven, Yale University Press, 1909.
M. Ostrogorski: La démocratie et l'organisation des parties politiques. Paris, Calmann-Lévy 1903.
Clinton Rogers Woodruff: Municipal Review 1907—08. (Im Januarheft 1909 des „American Journal of Sociology".)

Zu Kapitel III.

J. G. Brooks: Social unrest, New York, Macmillan, 1904.

Richard T. Ely: The labor movement in America. New York, Macmillan, 1905.

Jacob H. Hollander: Studies in American trade-unionism. New York, H. Holt and Comp., 1906.

Austin Lewis: The rise of American proletarian. Chicago, C. H. Kerr & Co., 1907.

Geo. E. Mac Neill: The labor movement: the problem of to-day. Boston, A. M. Bridgemen, 1887.

John Mitchell: Organized labor. Philadelphia, American book & bible house, 1903.

T. V. Powderly: Thirty years of labor (1859 to 1889). Columbus, O. Excelsior, publishing house, 1889.

Hermann Schlüter: Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika. Stuttgart, Dietz Nachf., 1907.

INHALT.

Seite

I. Kapitel: Die geschichtlichen Voraussetzungen des amerikanischen Sozialismus ... 5

1. Die psychologischen Voraussetzungen: Amerikanismus und Sozialismus ... 5

2. Die kulturellen Voraussetzungen: Industrialismus und Sozialismus ... 8

3. Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen: Kapitalismus und Sozialismus ... 14

4. Die politischen Voraussetzungen: Demokratie, Republikanismus und politischer Sozialismus ... 16

II. Kapitel: Staats- und Gemeindesozialismus in den Vereinigten Staaten ... 20

III. Kapitel: Die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten ... 33

Nachtrag: Dokumentarische Belege ... 55

a) Die revolutionären Ereignisse am Haymarket Square in offizieller Beleuchtung ... 55

b) Die politischen Forderungen der Sozialistischen Arbeiterpartei ... 59

c) Beiträge zur Geschichte der Vereinigungsbestrebungen der sozialistischen Parteien der Vereinigten Staaten ... 61

Literatur ... 73